Nr. 349

26. Oktober 1995



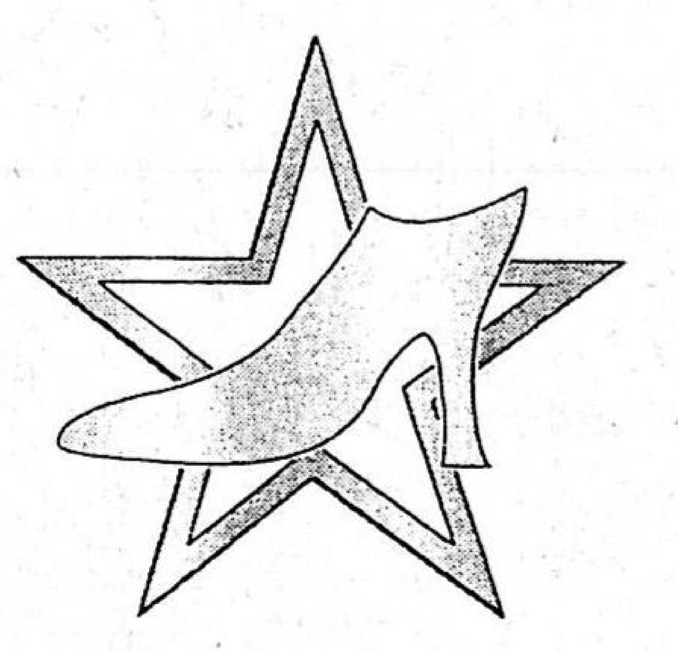
Inhalt

Ordner

Stellungnahme der Schwulen Antifa

In der letzten Woche wurde die Person XY vor dem Tempodrom von drei MaskiertInnen mit den Worten „Scheiß Kinderficker" geschlagen und getreten. In der zur Zeit laufenden Diskussion über Pädophilie/Päderastie sehen wir dies als bewußte Eskalation an. Das ist ein schwulenfeindlicher Angriff. Wir verlangen von den TäterInnen, zu dem Angriff Stellung zu beziehen. Wir fordern von den DiskutantInnen der Debatte, sich dazu zu verhalten. Zusätzlich fordern wir als schwule Antifa eine Stellungnahme zu unserem Positionspapier, das wir in der Interim veröffentlicht und zu dem wir bisher noch nichts gehört haben.

Fight Homophobia!
Schwule Antifa



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Samstag den 28.10.95

bundesweiter Aktionstag gegen

CASTOR und ATOMSTAAT

„Gorleben ist überall“ steht für die Bedrohung, die von Atomanlagen weltweit ausgeht und zugleich für den real existierenden Atomstaat BRD, der bei den Auseinandersetzungen um den „Entsorgungspark“ Gorleben deutlich sichtbar wird. Doch es steht auch für den Widerstand:

„Die Freie Republik Wendland“ ist grenzenlos. Sie ist die Idee von einem gewaltfreien Miteinander, frei von atomaren Bedrohungen und staatlicher Repression.

„Castornix“ ist nicht das einsame von „römischen“ Truppen umstellte „gallische“ Dorf, sondern überall, vielfältig und unberechenbar.

Der erste CASTOR steht in Gorleben, mit dem bisher größten Polizeieinsatz in der BRD durchgeknüppelt. Die Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg spüren immer deutlicher was die Worte von Robert Jungk „Atomstaat = Polizeistaat“ bedeuten. Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurde außer Kraft gesetzt, Kriminalisierung und Schadenersatzprozesse sollen ein übriges tun die Menschen davon abzuhalten sich für eine lebenswerte Zukunft zu engagieren. Diesem ersten Transport sollen 419 weitere folgen ....Ständig rollen CASTOR-Transporte zu den Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) LaHague in Frankreich und Sellafield in England, neuerdings auch von Berlin aus nach Dounrey in Schottland. In Morsleben wird, mittels Genehmigungen aus DDR Zeiten, schwach- und mittelaktiver Atommüll „endgelagert“. In Greifswald und Rossendorf bei Dresden entstehen riesige Atommüll-Lagerstätten, die ohne Genehmigungsverfahren den Betrieb aufnehmen sollen, usw. usw.

Doch auch wir sind überall!

Unsere Aktionsformen sind vielfältig, unsere Schwerpunkte je nach Standort unterschiedlich, unser gemeinsames Ziel:

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen

Berliner Anti-Atom-Plenum, Tel.: 261 62 52, jeden Dienstag 19.30 Uhr im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, Schöneberg, Spendenkonto: Aktiv gegen Strahlung, 61 000 4980 BLZ 100 500 00, Berliner Sparkasse, wg. CASTOR

......V.i.S.d.P.: Tom Müller, Glienicker Str. 100, 14109 Berlin



Störsender funkte auf Hundert,6

BERLIN -Ein illegaler Störsender überlagerte gestern morgen gegen 8 Uhr den Berliner Rundfunksender Hundert,6. Fünf Minuten lang hetzten die Unbekannten über das Rechts-und Sozialsystem der Bundesrepublik, riefen zum Sturz der Regierung auf.

Ein Kripo-Beamter: „Die Unbekannten hatten Hundert,6 bereits 1994 im Bundestagswahlkampf gestört. Wir vermuten die Hintermänner in der linksautonomen Szene.“ Hundert,6-Chef Georg Gafron fordert: „Staatsschutz und Telekom sollen sofort tätig werden, um den illegalen Sender auszuschalten.“ Doch schon im vergangenen Jahr blieben die Ermittlungen erfolglos.

Wellensalat

Ätherparasiten haben sich am 16. 10 und 19.10 mehrere Male durch die Frequenzen von 100,6, RTL und rs2 gefressen.
Die Kammerjäger hatten wieder einmal kein wirksames Gegengift parat (kicher).
Wir danken für die großzügige Ausstrahlung des verbesserten CDU - Wahlkampfwerbespots und eines Beitrags zum geplanten Sozialabbau in der BRD.

getreu unseres Mottos: ...alles was ich will, ist nur die Regierung stürzen!

bis bald die Ätherparasiten

Verurteilung

GÖTTINGEN. Wegen Gefangenenbefreiung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wurde ein Teilnehmer der Anti-Castor Demonstration in Göttingen vom 20. 4. zu einer Geldstrafe von 1250 DM verurteilt. Während der Einkesselung von über 100 AtomkraftgegnerInnen durch die Polizei soll er versucht haben, die Festnahme eines Demonstranten zu verhindern. Unter Einsatz von Reizgas wurden beide schließlich von Beamten des berüchtigten *Zivilen Streifenkommandos* (ZSK) festgenommen. Mit seinem Strafmaß ging der Richter noch über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus, was befürchten läßt, daß es in den noch folgenden Verfahren wegen des Castor-Transports ebenfalls zu harten Strafen kommt. Deshalb spendet auf das Konto der *Roten Hilfe*: Postgiro Hannover, Kto. 350670-309, BLZ 25010030.

Der CASTOR ist mittlerweile ein Symbol geworden, ein Symbol für eine menschenverachtende und überholte Großtechnologie, die mit allen Mitteln gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wird, koste es was es wolle (55 Mill. für den ersten Transport!). Der CASTOR ist allerdings auch ein Symbol für den Widerstand geworden. So geht es nicht nur um die Verhinderung weiterer CASTOR-Transporte nach Gorleben, sondern um den endgültigen Ausstieg!

Eine besondere Rolle und Mitverantwortung am Atomprogramm spielt die Deutsche Bahn AG (DB), die wöchentlich Transporte mit Atommüll durchführt. Nicht weil sie dazu gezwungen wird, die Bahn könnte Atomtransporte genausogut ablehnen wie Tiertransporte. In einem Gutachten der Eisenbahnergewerkschaft (GdED) heißt es auf Seite 16: „... daß die Bahnbeschäftigten einem höheren beruflichen (Strahlen-) Risiko ausgesetzt sind als die Beschäftigten in der Nuklearindustrie...“. Fragt nach wie es sich mit der Verantwortung der DB gegenüber ihrer Informationspflicht entlang der Transportstrecken , der Gesundheit ihrer Mitarbeiter, der Bevölkerung, den nachfolgenden Generationen etc. verhält. Es gibt extra eine Abteilung Nukleartransporte bei der DB: 06131 155-640/-088/-613/-369. Es gibt keine unschädliche Niedrig-Strahlung, selbst bei der geringsten Strahlenbelastung beginnt bereits die Zerstörung von Zellen.

Auch hier in Berlin finden Transporte mit hochangereicherten Brennelementen statt: So hat 1995 das Hahn-Meitner-Institut (Tel.: 80620) aufgrund von Lagerengpässen in seinem Forschungsreaktor einen Vertrag mit der nicht in Betrieb befindlichen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Dounreay in Schottland abgeschlossen. Dounreay will sich damit weltweit wieder als betriebsbereite WAA profilieren. Die ersten Transporte quer durch Europa haben bereits stattgefunden und der Berliner Atommüll wird demnächst die schottische See verseuchen......

Der Zusammenhang zwischen militärischer und ziviler Nutzung wird v. a. bei der Betrachtung der internationalen Verflechtungen deutlich. Das deutlichste Beispiel für die Zusammenarbeit mit der deutschen Atomlobby auf diesem Gebiet ist Frankreich:
- Uranerzgewinnung in Saskatchetwan/Kanada (SIEMENS und COGEMA)
- gemeinsame Finanzierung des schnellen Brüter „Superphoenix“ (waffenfähiges Plutomium)
- Entwicklung des mit waffenfähigem Uran zu betreibenden „Fadenriss“-Reaktors in Garching
- Entwicklung einer noch sichereren Reaktorlinie (SIEMENS und FRAMATOME)
- gemeinsame Interessen bei der Verteidigung der „Festung“ Europa, erstmals von Chirac angeboten und von Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Bundestag verklausuliert e seine Begeisterung wie folgt: „Vor allem muß die europäische Nuklearkomponente integrierter Bestandteil einer wirklich existenten gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik .... sein.“

Bei den abgebrochenen „Konsens“-Gesprächen ging es nie um einen möglichen Ausstieg, sondern um die gesellschaftliche Akzeptanz für den Weiterbetrieb der überalteten AKW, um eine Option auf den Bau von neuen AKW und um eine Grundlage für den weltweiten Export. Daher ist es wichtiger denn je, daß ein Konsens, der diesen Namen verdient, nur heißen kann:

ENERGIEWENDE JETZT!
ABSCHAFFUNG DER ENERGIEMONOPOLE!
KEINE WEITEREN CASTOR-TRANSPORTE,
WEDER NACH GORLEBEN NOCH SONSTWOHIN!

SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN!

Machen wir das Jahr 1996, zehn Jahre nach Tschernobyl, zum Begräbnisjahr der Atomindustrie!

Die neue dreiteilige Serie

Teil 1

„Zeitung für unkontrollierte Bewegungen“ - die „radikal“ von 1980 bis ‘84 eine essayistische Nachbetrachtung - dreizehn Jahre später

„ Revolten sind Feuerwerke, geschossen in das Dunkel der Macht; sowie sie erleuchten, sind sie am verlöschen.“

M. Foucault

Ein Anruf aus München, und du wirst gefragt, ob du nicht für eine Ausstellung über „Kommunikative Räume der 80er Jahre“ im Kunstverein München was über deine Zeit in der „radikal“ schreiben willst.

Die Vorboten des Sturms

Damals - 1980 - bist du als 18jähriger nach Berlin gekommen - den Kopf voll mit wirren Träumen von Aufstand und Revolution - und suchst Anschluß an die linksradikale Szene, zu der du dich hingezogen fühlst. Du träumst vom „Pflasterstrand“ aus Frankfurt/Main, hast schon in deinem Provinzkaff ein wenig Jugendzentrumszeitung mitgemacht und da gibt es nun in Berlin - neben vielem anderem - die Redaktion der „radikal“, die zu offenen Redaktionssitzungen einlädt und deutlich neue Leute sucht: Donnerstags 20.00 Uhr in der Eisenbahnstr.4, mitten in Kreuzberg.
Du spürst die Umbruchphase in der Zeitung, daß da ein Raum für dich offen ist, und gehst hin. Und das ist gleich der erste Punkt, der sich fundamental von heute unterscheidet: heute läuft alles verdeckt, die „radikal“ ist nur über ein Postfach im Ausland erreichbar, und selbst die „Interim“, das Wochenblatt der Bewegung, hat nur ein Postfach im Mehringhof. Ich wüßte nicht, wie ich es, wenn ich heute 18 wäre, anstellen sollte, Anschluß an eins dieser Projekte zu finden.
Du gehst hin und bist nicht der einzige „Neue“, bist nicht der einzige Jugendliche aus Westdeutschland, der in diesen Monaten des Jahres 1980 in Westberlin strandet. Gleichzeitig gehen einige „Alte“ weg zum neugegründeten Lokalteil der „tageszeitung“. Nun ist der Platz frei für die „Neuen“ - sechs, sieben Leute, meist alle unter 20, recht belesen und voller Tatendrang - und einen Fanclub der „Bewegung 2. Juni“.
Jetzt, 1995, sitzt du vor dem Stapel der Zeitungen, an denen du mitgemacht hast, von Sommer ‘80 bis Herbst ‘83, betrachtest deine erste selbstgelayoutete Seite, ausgeschnittene Punk-Buchstaben als Überschriften in der Ausgabe September ‘80. Heute banal, damals war es ein **kulturrevolutionärer Bruch**, Punkelemente in einer linken Zeitschrift zu benutzen. Die Zeitung heißt jetzt endgültig nicht mehr „Sozialistische Zeitung für Westberlin“ sondern „Zeitung für unkontrollierte Bewegungen in Westberlin und anderswo“, und selbst im Impressum ist das geändert. Der thematische Schwerpunkt der Ausgabe lautet „Widerstand ‘80 - werft Schatten und Ereignisse“, und wirklich, so jetzt beim Wiederdurchblättern fällt dir deutlich auf, wie die Revolte 80/81 in den ganzen vorhergehenden und folgenden Ausgaben ihre inhaltlichen Schatten vorausgeworfen hat: alle Themen und inhaltlichen Brüche der kommenden Monate werden in den Nummern des Jahres 1980 durchdiskutiert. Was dann ab dem 12.12. 80 folgt, ist die Tat. Davor lag das inhaltliche sich freistrampeln von all den langweiligen und überholten linken Theorien und Traditionen.
„*Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie*“, dazu eine gespannte Zwille als Titelbild, heißt es im März/April ‘80 (Nr. 77). Wenig symbolisiert besser diese Mischung aus Existentialismus und Militanz, die in den Monaten danach zum Ausbruch kommen wird. Auf den Innenseiten werden erstmals **Zweifel am Gegenöffentlichkeitsjournalismus** formuliert und nach einem neuen Konzept für die „radikal“ gesucht.



Das ist der nächste wichtige Punkt im Unterschied zu heute. Damals war Gegenöffentlichkeit der große Leitfaden: wir bringen zur Sprache, was andere verschweigen. Doch dieses Konzept war abgenutzt. Das Ende des ID (Informationsdienst zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten - die wichtigste linksradikale Zeitung Ende der 70er Jahre) Anfang ‘81 beweist es. Es setzt sich, langsam entwickelt, ein anderes Konzept von Journalismus durch, nämlich der herrschenden Wirklichkeit unsere eigene Wirklichkeit entgegensetzen und nicht mehr den Streit um „die“ Wahrheit zu suchen. Später gipfelt dieses Konzept in den „Herzschlägen“, eine flott aufgemachte Sammlung der wichtigsten Aktionen und Anschläge des letzten Monats, das „Spreng“ und „Bumm“ sprang förmlich aus den Zeilen und törnte (zumindest laut Staatsanwaltschaft) zum Mit- und Selbermachen an. Heute (1995) ist es selbst in den offiziellen Medien nicht mehr das Problem, **was** gesagt wird; es wird alles gesagt und thematisiert. Unzählige Privatsender und Zeitungen befinden sich auf der Jagd nach Verschwiegenem, „Unterdrücktem“, Tabuisiertem. Das Problem ist heute viel mehr, **wie** gesprochen wird.

Zurück zur Mai-Nummer (Nr. 80). Das Schwerpunktthema heißt *„Lohnarbeit ist Verrat am Proletariat“* und erstmals wird *„Zeitung für Freiheit und Abenteuer“* als Untertitel benutzt. Wir drehen die Mythen der Werbung um und besetzen sie mit unseren Inhalten. *„Wir wissen alle, wozu der übermässige Genuß von Arbeit führt: zum Tode - früher oder später, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt“* heißt es auf Seite 12 und weiter *„aber auf keinen Fall in die Freiheit. Zumindest nicht in die, die wir meinen. Und ganz sicher nicht die Arbeit, die SIE uns geben“.* Dazu Tips, wie mensch anders zu Geld kommt: Sozialamt, Krankfeiern (in diesen Monaten erschien die Broschüre „Lieber Krank-feiern als Gesund-schuften“, die bundesweit beschlagnahmt wurde) und ein Bericht der Berliner Bankräuber. Wie fremd ist dir das heute, wie verinnerlicht die Notwendigkeit Geld durch Arbeit auftreiben zu müssen, nur noch nettere und weniger nette Jobs im Kopf. Aber damals war dies der zentrale Bruch für uns: wir verweigerten uns der Leistungs- und Arbeitsgesellschaft. Hier wird ein weiteres Mal deutlich wie sich die gesamtgesellschaftliche Situation verändert hat. Damals ist es kein Problem, mit drei Monaten Arbeit auf Lohnsteuerkarte Arbeitslosengeld zu bekommen und Bafög bekommen die meisten von uns. Und heute: diese schleichende Existenzangst, überhaupt einen Job zu bekommen, überleben zu können. Weiter hinten im Heft finden wir eine ganze Seite aus der Theorie-Zeitschrift „Autonomie - Materialien gegen die Fabrikgesellschaft“, aus der wir uns einen Teil unseres theoretischen Hintergrundes herholten, nämlich die operaistische Version der marxschen Theorien.

In der nächsten Ausgabe folgt der Frontalangriff gegen die Alternativbewegung mit einem Themenschwerpunkt mit dem Titel *„Die neuen Geschäfts(ver)führer der Alternativbewegung“*. Wir setzen uns von der Alternativbewegung, die in den Jahren von 77 bis 80 die dominierende linke Strömung war, ab. Heute, 1995 sind es von niemandem mehr bestrittene Selbstverständlichkeiten, was damals gewagte Thesen waren: nämlich daß die Alternativbewegung letztlich auch die nützlichen Idioten des Kapitalismus sind. Heute sind „Teamarbeit“ und „kollektive Verantwortung“ in fast jedem kapitalistischen Großbetrieb Grundlage der Arbeitspsychologie. Damals wurde dies als Befreiung vom Kapitalismus gepredigt. Ein paar Seiten weiter sind die ersten praktischen Vorboten des kommenden Sturms zu finden. Am 6. Mai hat es in Bremen bei einer Rekrutenvereidigung heftig geknallt. 256 Bullen sind verletzt worden und die Seiten sind mit „Karneval in Bremen“ übertitelt. Auch in Berlin wird in einer existentialistischen Aktion das Dach des Amerikahauses besetzt - eine Mischung aus direktem Angriff und antiimperialistischem Gefasel, was aber später eine wichtige Rolle in der Bewegung spielen wird. Nahezu absurd und abstoßend klingt heute „Eine Welt - ein Feind - ein Kampf“ als Parole unter dem Flugblatt der AmerikahausbesetzerInnen. Damals traf genau das eine vorhandene Wunschstruktur bei vielen.

Und du konntest zumindest - wenn du wolltest - dran glauben, daß der US-Imperialismus der Hauptfeind der Menschheit sei.

Dagegen setzt die „radikal" in der darauffolgenden Ausgabe den Versuch, die „Bewegung 2.Juni" wieder zu beleben - deren prominentesten Mitglieder in jenem Sommer der Prozess gemacht wird (Drenkmann/Lorenz-Prozeß) - und betont den volksverbundenen, sozialrevolutionären Widerstand. Ausgelöst wurde die Debatte durch die angebliche Selbstauflösung der „Bewegung 2. Juni" durch den antiimperialistischen Flügel, der sich (natürlich unter Mitnahme der prall gefüllten Kriegskasse) der RAF anschloß. In den kommenden Monaten wird zwar nicht die „Bewegung 2,. Juni" wieder erstehen, aber das zugrundeliegende Konzept von vielen autonom operierenden militanten Gruppen wird massenhaft aufgegriffen werden - nur nennt es sich jetzt eher „guerilla diffusa". Zu dieser Tendenz gehört auch die zwei Monate später erscheinende „radikal"-Sondernummer zum „2. Juni-Diskussionswochenende", auf dem „*Militanz wieder diskutierbar*" wurde. Damals ging es noch drum - nach dem „deutschen Herbst" - Militanz wieder als Möglichkeit aufzuzeigen, während es heute eher drum geht, sich nicht ausschließlich auf Militanz reduzieren zu lassen.

Einen Monat später erscheint die bereits am Anfang erwähnte Ausgabe 81 mit dem Schwerpunkt „*Widerstand '80 - werft Schatten und Ereignisse*". Deutlich ist nun der Einfluß der französischen Diskursphilosophien und Wunschtheorien (Foucault, Deleuze, Guattari, Baudrillard, u.a.) zu spüren. In der Hausmitteilung ist die Rede von „*Wünschen zu verkoppeln*" und „*Weiten, die die zurückgebliebenen Körper nicht zu erreichen vermögen*".

Ein anderer Teil der „radikal"-Redaktion fügt hinzu: „*Urlaub gibt es nur im Gegensatz zu Arbeit; Heimat kennen nur Seßhafte, welche die Meere und Landschaften scheuen, einen Hafen oder Befestigungspunkt suchen. Wir reisen, sind unterwegs, nomadisieren, ohne Anfang und Ziel, uns von Strömen, Meeren, Bewegungen, Autobahnen und Winden treiben lassend ...*".

Etwas ernster wird im Impressum der Zeitung die Entwicklungen der letzten Monate beschrieben (S.2, Nr. 81): „*Was ist die „radikal"? „Radikal" erscheint seit Juni '76 in einer Auflage von 2.500 - 3.500 Exemplaren und ist - seit der Zerschlagung des INFOs und des BUG INFOs - die einzige linke Stadtzeitung in Restberlin. Sie wurde ins Leben gerufen als ein Diskussionsforum für die verschiedenen Fraktionen, Gruppierungen und Parteien der Linken. Dieses Konzept, die damals noch relevanten Gruppen in einen Dialog treten zu lassen, erwies sich allerdings als nicht realisierbar. Im Laufe der Zeit verloren die ML-Ansätze an Bedeutung, Basisbewegungen überwucherten die Ruinen der K-Gruppen. Diese Entwicklung spiegelte sich in der „radikal" wieder, Berichte von und über die undogmatischen, autonomen und anarchistischen Gruppen bestimmten mehr und mehr den Charakter der Zeitung.*

Die 80er Jahre begannen für die „radikal" mit einigen zermürbenden Krisen, wodurch die Zeitung, entgegen dem gewohnten 14-tägigen Rythmus, nur noch einmal im Monat erscheinen konnte. Seitdem versuchen wir eine neue Konzeption an die Stelle der alten zu setzen. Doch dazu bedarf es noch längerer politischer Diskussionen. Inzwischen hat sich das Kollektiv wieder merklich stabilisiert (ähem, d. sätzer).

Wie funktioniert „radikal"? Zunächst .- wir sind alle FreizeitjournalistInnen und somit auf Beiträge von dir und mir angewiesen. Es gibt Leute, die aufgrund ihrer beruflichen Situation nur wenige Stunden an unbezahlter Arbeit in die Zeitung einbringen können, für andere ist die „radikal" der Mittelkpunkt ihrer Arbeit. Bezahlt wird bisher nur der Buchladen- und Kioskvertrieb mit einem Stundenlohn von 5.-DM. Die technische Erstellung einer Zeitung von z.Z. 20-24 Seiten DIN A3 erfordert einen Haufen Maloche: Wir setzen „radikal" selber; Lay-out, das Legen und der Handverkauf sind weitere Arbeitsschritte, die bei jeder Nummer anfallen. Dabei können wir jede Form von Unterstützung gebrauchen !!

Insgesamt ist „radikal" zu einem festen Bestandteil der Berliner Linken und Alternativbewegung geworden. Das Feedback und die solidarische Unterstützung vieler Gruppen und Einzelner in Restberlin gibt immer wieder Leuten die Kraft, ihr Engagement für das regelmässige Erscheinen der „radikal" einzubringen.

Kommt zu unseren offenen
Redaktionssitzungen!
Unterstützt „radikal"!
Schickt Beiträge!
Mach mit!"

In dem Themenschwerpunkt findet sich auch eine Collage, die mit einem klassischen Zitat von Foucault („*Findet die Stellen, mit denen ihr etwas anfangen könnt. In dieser Collage gibt es nichts zu verstehen, aber viel, dessen man sich bedienen kann*"), Deleuze/Guattari

(„Die Diktatur des SINN's zersprengen, das Delirium in die Ordnung der Kommunikation einführen, das Begehren, die Wut, die Verrücktheit, die Ungeduld und die Verweigerung sprechenlassen") und von Radio Alice *(„Der Teufel ist auf die Erde zurückgekehrt, in vielfältigen Erscheinungen. Der Teufel ist Alice, ist der totale Angriff auf den Staat der Unterdrückung, ist unser Lächeln, ist unser Geist, der denkt, der Teufel ist unser Körper, immer schöner und freier, fähig zu lieben")* geschmückt ist. Daneben finden sich auch Zitate der RZ. Damals hattest u.a. du genau das vertreten, weil es gegen den herrschenden Sinn gerichtet war (und auch gegen die verlogenen linken Sinne). Aber heute, wo selbst die Herrschenden keinen Sinn mehr vorgeben, ist eher gefragt, einen Sinn gegen das herrschende sinnlose Geblubber zu setzen, wieder selbst etwas zu wollen. Was damals wirklich revolutionär war, ist heute das sinnlose Zerreden von Allem und Jedem in irgendwelchen Talk-Shows auf den TV-Kanälen geworden.
Einen weiteren Monat später ist die Ausgabe eher eine konventionelle Sammlung von allerlei Basis-Aktivitäten, nur der Titel lädt für Freitag, den 10.Okt um 17.00 Uhr zur Demo gegen die drohende Räumung der besetzten Häuser auf den Oranienplatz ein.

Die Ausgabe vom November '80 erscheint mit einem Punk-Titelbild (du kannst dir nicht vorstellen, was das damals für einen Ärger gab) und nennt sich erstmals im Untertitel *„von der Bewegung - für die Bewegung".* Auf der 2. Seite erscheint ein Artikel *„"radikal" im Bruch?!"*, der die Diskussionsfäden und Entwicklungen des Sommers '80 in der Zeitung gut zusammenfaßt. Damals war er heftig umstritten, da er endgültig den klaren Bruch mit der alten Szene fordert - letztlich nur, um uns selbst im „Zentrum" der „neuen Szene" zu plazieren.
„... aber zum glück werden alle theoretischen überlegungen nur allzuoft von der realität überrannt ...
Es geht mal wieder um die „radikal", aber diesmal wollen wir euch nicht erzählen, daß wir kein geld haben, daß kein echo kommt, etc., sondern die „radikal" als szeneblatt problematisieren und in frage stellen. Der bruch „sozialistische zeitung für westberlin" zu „zeitung für unkontrollierte bewegungen" deuten wir auch als bruch mit großen teilen der szene und linken. Diese trennung schmerzt uns nicht, im gegenteil, sie kommt reichlich spät!




Wandbild aus dem „Chaos"

Wir stellen in schlagworten fest: die alternativbewegung ist gescheitert, sie funktioniert als ein nebenzyklus des kapitalismus und ist damit keinerlei gefahr für das system. Eher schafft sie die ideen und konzepte, um das system über die anstehenden krisen zu bringen. Doch genau mit diesen krisen und klassenkämpfen wird eine radikale infragestellung von staat, gesellschaft und produktion einhergehen. Die jetzige linke und die alternativbewegung werden in diesen kämpfen eine unbedeutende rolle spielen.
Solchen problenmatiken müssen wir uns in der „radikal" stellen, oder anders: ist es sinnvoll, eine zeitung wie „radikal" zu produzieren, um sie dann wie saures bier in den alternativkneipen verkaufen zu müssen;

entspricht nicht ein blatt wie die „zitty", in einer auflage von 30.000 Stück verkauft, viel eher der szene. Heißt das nicht, daß die szene nicht mal mehr traditionelle sozialistische ansätze interessiert, geschweige denn die neue stoßrichtung der „radikal", für eine autonome, anarchistische bewegung. Versuchen wir da nicht, die „radikal" bei den falschen leuten an den mann/frau zu bringen?
Wir haben keine Lust, „radikal" als Selbstzweck zu produzieren, nur zu unserem Zeitvertreib!
Aber für wen dann???

Sollen wir vor schulen verkaufen???
Oder vor siemens???
Nachmittags am kottbusser tor???
Diese Aufreihung erscheint uns selbst nur als Ausdruck unseres nichtmehrweiterwissens. Wir wissen zwar „weg von der szene", aber nicht mehr weiter. Wir wollen nicht eine zeitung ***für,*** *sondern* **von** *schülern, punks, siemensarbeitern, jobbern, hausfrauen, rockern, massenarbeitern, arbeitsemigranten, - ein paar alternativen nichtstuern, arbeitsscheuen, aussteigern, kiffern, stadtguerilleros, ... Wir wollen keine avantgarde sein, nur vermitteln, was wir denken und für richtig/wichtig erachten; die zeitung nicht für jemanden machen, sondern als ausdruck • von bewegungen; wollen multiplikator von ansätzen zu aufstandsbewegungen sein, ein faktor eines aufstandes, unkontrollierte bewegungen, auf das es brodelt und kocht ... warum aufstände, das zu erklären, ersparen wir uns ... kein blatt für leute, die dabei sind, sich einzurichten; den kreis der szene sprengen. Raus aus unserem gemütlich angstvollen ghetto: anders gesagt: sabotage und subversion sind überall, die szene ist nur ein teil davon: schule schwänzen, krank feiern, wilde streiks, ladendiebstahl, häuserkampf, schwarzfahren, ...*"
Unterzeichnet ist das Ganze von *„ein kleiner Teil der „radikal"-Redaktion - jacques mesrine, wurzelsepp und themrock".*

Ansonsten ist das Heft voll mit all' den kleinen, belanglosen Meldungen und Aktivitäten wie Hausbesetzungen, etc., die sich erst durch den 12.12. zur geschichtsmächtigen Kraft entwickeln werden.
In der Dezember-Ausgabe geht es noch einmal um alternativen Konsum; eine weitere Abarbeitung an der Alternativbewegung, aber auch gegen den Puritanismus der „echten Linken". Es geht um die Befreiung der Wünsche, und nicht darum, Konsum als Ersatzbefriedigung für die wahren Wünsche abzutun (ja, ja, da hatten ein paar den „Anti-Ödipus" von Deleuze/Guattari (an)gelesen und meinten nun, ihr neues Wissen zum Besten geben zu müssen). Ein Monat vor dem legendären 12.12. findet sich ein Stadtteilplan von Kreuzberg 36 mit allen besetzten Häusern im Heft und die *„Biber und Waschbären"* rufen dazu auf, falls ein Haus geräumt werden sollte, sich sofort was darauf einfallen zu lassen , und z.B. *„Barrikaden zu bauen, Brücken und Kreuzungen zu besetzen, zu stören , wo es nur geht, etc.".* Die kommenden Ereignisse werfen wahrlich ihre Schatten voraus ...

Der Sturm bricht los

Am 12.12. ist es dann soweit. Aus dem Versuch der Bullen, ein frisch besetztes Haus zu räumen, entwickelt sich eine große Straßenschlacht um Kreuzberg 36, und erstmals werden die Bullen, natürlich nur für Stunden, sozusagen offen besiegt und aus dem Stadtteil gejagt. Einige Geschäftsinhalte am Kotti werden umverteilt. Schon am nächsten Tag wird *„der Ku'damm platt gemacht*" und zwei Tage später kriegen wir von den Bullen, die mitlerweile aus ihrer Paralyse erwacht sind, kräftig eins auf die Nuß zurück. Aber politisch bleiben die Herrschenden - u.a. auch wegen der Garski-Affäre stark angeschlagen - erstmals wenig handlungsfähig und müssen in den kommenden Monaten etwa 200 Neubesetzungen von Häusern hinnehmen.
Schon wenige Tage später ist die „radikal" mit einem **Extrablatt** am Geschehen. Neben einer Chronologie der Ereignisse gibt es einen programatischen Artikel, der auf die Einheit von militanten Aktionen und friedlichen Großdemos setzt, und davor warnt, sich auf die Ebene der nackten Konfrontation locken zu lassen. *„Immer mehr verlassen Arbeit, Schule und Familie, streunen durch die Straßen auf der Suche nach neuen Freundschaften. Gutes Essen, Wein und Waffen gibt es mehr als genug hinter den Gittern der Wohlstandsgesellschaft. Man braucht keinen Beruf mehr um im Reichtum zu leben, sondern lediglich Steine, Werkzeug und zuverlässige Freunde.".* Aber auch genügend selbstkritische Töne sind enthalten, vor allem wegen der vielen Verletzten und Verhafteten auf unserer Seite: *„noch ein paar solcher Siege und wir sind fertig".* Und es wird die zentrale Auseinandersetzung der kommenden Monate formuliert: *„Keine Verhandlungen, solange Leute von uns im Knast sind."* Heute liest sich das fast absurd, denn heute geht es darum, die Herrschenden überhaupt zum Verhandeln zu kriegen, doch damals kamen sie angerannt und wollten mit jemandem verhandeln und reden, aber wir verweigerten geschlossen (zumindest in diesen

Tagen) den Dialog. Das ist nur vor dem Hintergrund der damals ganz anderen Athmosphäre und der sozialdemokratischen Integrationspolitik zu verstehen. Die Macht wollte dich immer integrieren, vereinnahmen, kleinreden und es war ein riesiger Moment von Stärke zu sagen: „Nein, mit euch reden wir nichts. Wir haben nichts zu verhandeln." Heute denk' ich manchmal, das dies vielleicht auch unser zentraler politischer Fehler gewesen ist. Wir hätten doch verhandeln sollen, so wie Solidarnosc in Polen: offen, um 12.00 Uhr auf dem Oranienplatz, 12 VertreterInnen des Besetzerrates treffen sich mit der SPD/FDP-Landesregierung und alles wird live im Fernsehen übertragen. Aber hätten wir da mehr rausgeholt? Wahrscheinlich wären wir genauso klein und langgequatscht worden wie heute die EZLN in Mexiko. Einer grundsätzlichen Legalisierung aller besetzten Häuser und Enteignung aller Spekulanten hätten sie auch damals nicht zugestimmt, geschweige denn die Gefangenen rausgelassen. So entstand zumindest für 3 - 4 Monate der Raum, in dem es möglich war, über 200 weitere Häuser zu besetzen. Spätestens im April, nach der Räumung des Fränkelufer's, zerbrach der Besetzerrat in verhandlungsbereite Häuser, die ihre Legalisierung anstrebten und dazu nicht bereite Häuser, in denen viele der Menschen wohnten, die die „radikal" machten.

Auffallend ist, daß nun für das nächste halbe Jahr nahezu alle programatischen Artikel in der „radikal" fehlen. Inhaltlich ist eigentlich alles gesagt, nun sind wir am „machen". Deshalb liest sich die Zeitung bis zum 12.12. heute viel lebendiger und spannender, weil der zur Tat drängende Gedanke immer noch deutlich spürbar ist. Gleichzeitig, und das hätte mensch oberflächlich nicht gedacht, raucht sich in diesen Monaten das sich erst vor einem halben Jahr neu formierte Kollektiv der „radikal" auf und ist bis zum Sommer am Ende. Wie bei einem Vulkanausbruch kommt nach der Eruption nichts mehr nach. Da ist nichts mehr, außer das vor sich Hinblubbern im eigenem Vulkankrater, bei einer neuen Anordnung der wieder zu Stein geronnenen Lava.

Ach ja, fast hätte ich es vergessen: den ganzen Herbst und Winter über laufen 'zig Versuche der Justiz, die Zeitung zu kriminalisieren. Doch die werden einerseits von den Radis nicht sonderlich ernst genommen (mensch hat Besseres zu tun) und andererseits wird deutlich, daß Kriminalisierung politisch entschieden wird, und die entscheidenden Köpfe in der Justiz merken schon, daß zu diesem Zeitpunkt ein dickes Justizverfahren (z.B. zum Thema Werbung für die „Bewegung 2.Juni") für sie politisch nach hinten losgeht. Aber keine Sorge, der Abrechnungsversuch der Justiz kommt schon noch, nur eben zwei Jahre später. So werden letztlich alle Verfahren dieses Herbstes eingestellt. Beweismässig war da einiges gesicherter als bei den späteren Verfahren. In der Hausmitteilung 2/81 meint die „radikal" dazu: *„Wir bitten die zuständigen Staatsorgane hiermit öffentlich, von weiteren Zusendungen abzusehen, in denen uns mitgeteilt wird, daß wieder ein neues Ermittlungsverfahren gegen die „radikal" eingeleitet worden ist. Wir verlieren nämlich langsam den Überblick bzw. haben aufgehört, mitzuzählen".* Doch außer so arroganten Sprüchen - die aber erst heute so wirken, damals waren sie für uns real und mitnichten arrogant gemeint - wird auch versucht, aus der *„kleinen kriminellen Vereinigung"* eine *„große"* zu machen und allerlei Initiativen und Projekte ins Impressum als MitherausgeberInnen mit aufzunehmen. Alle diese Faktoren zusammen genommen schaffen der „radikal" erstmal den Raum, in den nächsten eineinhalb Jahren ungehindert erscheinen zu können.

Innerlich kopfschüttelnd liest du heute die Texte von *„kleinen Horden von Aufständischen, die durch die Städte schweifen"*, aber selbst hast du damals auch so geträumt und zumindest auch ansatzweise gefühlt und gelebt. So bruchlos wie in der





Erinnerung scheint das damals schon nicht gewesen zu sein. Im Begleittext ist der moralische Imperativ unüberlesbar, daß *„dieser Text für alle ist, die dabei sind zu vergessen, daß sie nichts zu verlieren haben“:*
In der Januarausgabe sind zwei Seiten voll mit Erklärungen von neubesetzten Häusern abgedruckt: *„erst werden Häuser besetzt, dann Stadtteile, dann Städte, dann ... wir wollen alles“*, bemerkt dazu der Sätzer. Das war die von uns gewüschte Dynamik der Bewegung, die nur leider schon bei den Häusern stoppte. Später, am 1.Mai ‘87 gelang uns kurz, für wenige Stunden, das mit dem Stadtteil.
Ein weiterer zentraler Konflikt der BRD-Gesellschaft in dieser Zeit war der Anti-AKW-Kampf. Am 28.Februar treffen sich ca. 100.000 Menschen zu einer verbotenen Demo. *„Karneval in Brokdorf“* titelt die „radikal“ (2/81) und zeigt einen Karnevalsnarren mit Seitenschneider. Die Rückseite zeigt die Motti der Zeit (Aneignung, Verweigerung und Entschlossenheit) bildlich umgesetzt.
Es erscheinen die ersten reflektierenden bzw. nachdenklichen Artikel zum Häuserkampf: *„Von der Sprachlosigkeit der Bewegung“.* Heute fällt dir besonders die platte Gegenübersetzung von <u>die</u> Bewegung und <u>der</u> Staat ins Auge. Aber damals hattest weder du noch sonstwer was von Gramsci gehört. Unsere Stärke war ja auch genau das, nämlich frontal anzugreifen, und uns nicht als politikmachende Kraft in einem gesellschaftlichen Kräftegeflecht zu sehen. In einem anderen Artikel *„Die Revolte hat erst angefangen“* fällt mir vor allem die triefende Moral ins Auge. Die Empörung darüber, daß einer von uns wegen Steinewerfens zu 18 Monaten verurteilt wird und gleichzeitig völlig legal U-Boote nach Chile und Südafrika verkauft werden. Diese moralische Empörung ist als treibende Kraft der Bewegung sicher wichtig, aber langfristig bleibt sie unpolitisch.

Fortsetzung nächste Woche

Punker bewarfen REP-Plakatierer mit Bierflaschen

Beim Anbringen von Wahlplakaten am Stralauer Platz (Friedrichshain) wurden sechs Mitglieder der rechtsextremen Republikaner am Montag nachmittag von zwei Punkern mit Bierflaschen beworfen. Als die Gruppe mit einem VW-Bus davonfahren wollte, griffen 13 weitere Punks an und warfen Steine. Ein 47jährige Frau und ein 27jährige Mann wurden leicht verletzt.

Die Punker flüchteten vor der Polizei in die Wagenburg an der East-Side-Gallery. Das Absuchen des Geländes blieb ohne Erfolg. *tz*

Zum Radi-Öffenlichkeitsarbeitsvorschlag der drei von der Tankstelle in der interim 347

Zu behaupten, daß die politische Gesamtwetterlage für die radikal gut sei, ist sicher falsch, aber muß sie deswegen gleich schlecht sein?! Ich denke Nein. Vor allem weil ich und andere, mit denen ich darüber geredet habe, an verschiedenen Punkten eine andere Sichtweise haben.
Beispielsweise halte ich es für falsch, festzustellen, daß es im Prinzip kaum jemand interessiert, daß wegen der radi 5 Leute im Knast sitzen. Ich weiß nun nicht ob es ein spezielles Hamburger Phänomen ist, aber hier haben wir nach einer statistischen Erhebung festgestellt, daß 80 % aller Politplakate aus der autonomen Szene sich mit den Razzien beschäftigen. Kaum ein Thema erregt zur Zeit autonomes Gemüt mehr als die Leute im Knast. Kleingruppen nehmen neben ihren sonstigen Themen Bezug zu den Razzien, verschiedenste Soligruppen entstehen usw. Ich frage mich also, wie ihr auf die Idee kommt, es interessiert niemand?
Ich möchte unseren Eifer im Kampf gegen die Kriminalisierung unserer autonomen FreundInnen wegen der radikal mal andersrum betrachten. Nämlich so: Zur Zeit passiert ohne Ende Scheiße. Abschiebungen, KurdInnenenverfolgung, BW-Auslandseinsätze, spar ich mir jetzt eine weitere Aufzählung, das wißt ihr ja auch schon alle selbst. Statt dort offensiv, militant einzugreifen, kümmern wir uns um die FreundInnen aus den eigenen Zusammenhängen. Und schon bei der AIZ wirds eng. Haben wir jemals soviele Aktivitäten für die KurdInnen im Knast aufgebracht?
Das ganze soll jetzt kein Aufruf dazu, sein die Soliarbeit zur radikal auf kleinere Flamme zu stellen. Vielmehr finde ich es schwierig zu behaupten, es interessiere sich niemand für die radi. Da im Vergleich zu anderen Kriminalisierungsgeschichten die Radi-Solidarität sehr groß ist. Das finde ich aus der Bedeutung dieses Verfahrens heraus auch richtig. Zum anderen stellt die autonome Szene nun mal keine beliebig manövrierbare und einsetzbare Kampfmasse dar, sondern hat, ob wir wollen oder nicht, natürlich ihre eigenen Betroffenheiten. Merk ich ja immer wieder auch bei mir.
Sehr deutlich wird das an der AIZ. Die werden bis auf wenige Ausnahmen mehr so mitgeschleift in der Radi-Solidarität. Das ist zu diskutieren, hat aber spezielle Gründe, die hier den Rahmen sprengen würden. Dennoch fällt es auf, daß es in euerem Text mehr um die allg. Öffentlichkeitsarbeit und die radi im speziellen ging, als um einen Bezug zu allen Kriminalisierten. So erwähnt ihr die AIZ erst gar nicht. Ich lehne die AIZ zwar aus inhaltlichen Gründen ab, finde aber die Solidarität mit Betroffenen der Kriminalisierung unbedingt nötig. Von daher finde ich es schon wichtig die AIZ zumindest zu erwähnen.
Ihr meint, eine radikale Öffentlichkeit würde kaum noch existieren. Mag sein, daß die einmal größer war, aber was versprecht ihr euch eigentlich davon? Sicher ist es für uns ein Vorteil, wenn eine kritische bürgerliche Öffentlichkeit existiert. Aber wenn nicht, dann halt nicht. Wir werden uns hoffentlich nicht entblöden, um wohlwollende Ohren der sogenannten liberalen Öffentlichkeit zu erkämpfen, anstatt eine radikale, militante Politik zu machen. Bei einer solchen Schwerpunktausrichtung gehen mir einfach zuviele Inhalte verloren. Eine liberale Öffentlichkeit ist immer da, wo radikale Bewegungen aufgrund ihrer Entschlossenheit und ihrer Alternativkonzepte eine Anziehungskraft ausüben. Liberale Öffentlichkeit stellt dann keine Solidarität mit uns dar, sondern nur den Versuch einzelner Promis, sich mit den Federn der Untergrundkultur zu schmücken und vom Kuchen etwas abzuhaben. Wie wenig darauf zu geben ist, hat sich ja auch während des 2. Golfkrieges gezeigt. Zudem, wenn es noch liberale Einsprüche gibt, dann wenn es die Bürgerstöchter und -söhne trifft. Wir sollten uns nicht soviel beklagen. Die liberale Öffentlichkeit läßt sich halt gerne Zeit bis sie die FR zur Seite legt und sich räuspert. Wenn uns nach mehr und schnelleren Reaktionen dürstet, sollten wir überlegen, wie wir einen fiesen, großen Krawall organisieren und nicht Bittbriefe schreiben.
Wozu das führt, läßt sich nämlich an eurer Parole sehen: "Die radikal ist sehr wohl kritisierbar, aber eben nicht Kriminalisierbar". Ich finde diese Parole sehr defensiv. Da müßtet ihr erstmal genauer bestimmen was ihr kritisierbar an der radi findet. Sonst vermittelt ihr ganz schnell eine Position, die die radi aufgrund ihrer Radikalität kritisiert. Und darum solls gerade doch nicht gehen. Ich finde die radi im übrigen gar nicht so schlecht. Abgesehen von den langen Texten zwischen den Anschlagserklärungen.
Nee im ernst, die radi ist halt ein Vereinsblatt das für militante Politik, und Neuerdings auch für Theorie steht. Natürlich lesen das vor allem Autonome und ihre FreundInnen. Was ist daran denn schlecht? Ich glaube, die radi gehört trotz aller Vereinsblattmerkmale, die zum Teil auch durch die Kriminalisierung bestimmt sind, noch zu den attraktivsten Blättern im linken Papierdschungel. Gerade durch ihre Geschichte, ihre Radikalität, hat sie oft auch für nicht Szene Leute Anziehungskraft. Klar finde ich es auch richtig und wichtig, daß es andere Zeitungen gibt, die nicht so "szenig" sind. Aber mich nervts wenn alle so tun als sei die radi der Grund, daß es keine linksradikale auf bürgerliche zugeschnittene Zeitung mit 300.000 Auflage gibt. Schaut euch doch mal die Junge Welt an (im übrigen plöde wegen Droste). Bewegen die etwa mehr LeserInnen?
Ich glaube, meine andere Position in all den Punkten rührt vor allem daher, daß ich mit anderen die weitverbreitete Krisenstimmung so nicht Teile. Klar sind wir nicht in einer starken Bewegungsphase aber woher wird eigentlich immer die Gewißheit genommen, daß sich die gesamte Linke in der Krise befindet. Und wer/welche sind überhaupt diese Linke. Jede Menge jüngere Leute machen in/um die autonome Szene Politik. Es gibt da eine weit größere Anziehungskraft was unsere Lebensvorstellungen angeht als viele andere. Für viele von denen stellt sich die Linke gar

nicht als in der Krise dar. Und wenn, dann als Krise für die Linke um die 30 und darüber.
Ach und ich als Autonomer, der so langsam auf die 30 zuläuft? Eigentlich habe ich, wenn ich ehrlich bin auch nicht das Gefühl einer Krise. Wenn ich zurückblicke, habe ich keine viel größeren Hochphasen erlebt. Irgendwie hat sich alles verändert und ist doch Bewegungsmäßig meist beim alten geblieben. Wir sollten solche Stagnation nicht gleich als Niederlage definieren.
In der konkreten Soliarbeit wirkt sich die vermeintliche oder vormiraus auch reale Krisensituation kathastrophal aus. Jedes Flugie beginnt damit, daß wir in der Krise seien. Redebeiträge (ich denke da an Neumünster) schwelgen darin, wie wir und die ganze Welt in der Krise sind, ohne auch nur an den Punkt zu kommen, wie wir offensive Politik machen wollen. Wen, wie oder was wollen wir eigentlich bewegen mit unserem Gejammer? Interessiert es überhaupt jemand außer uns selbst? Wenn wir die Hälfte der Zeit über die Krise jammern würden, und dafür überlegen wie wir offensiv unsere Lebenskonzepte umsetzen, wäre viel gewonnen.
Diese Offensivität fehlt mir in den meisten Konzepten. Da geht es darum, bürgerliche Leute anzusprechen, anstatt militante Politik zu machen. Oder es wird sich auf die bürgerliche Pressefreiheit bezogen und soll Lobbypolitik betrieben werden, anstatt das wir unsere Politik an unseren Bedürfnissen ausrichten. Klar gibt es richtige Kritik an autonomer Politik. Aber ich bin nicht in die autonome Partei eingetreten, um später in der "AG Vermittelbarkeit und BI-Politik" mitzuwirken. Richtig an euerem Papier fand ich die meisten euerer Punkte, was da in der Öffentlichkeitsarbeit thematisiert werden sollte.
So, anstelle von Verbesserungsvorschlägen oder einem ganzen Gegenentwurf nur einen anderen Schwerpunkt. Einige unserer Stärken waren schon immer unsere Radikalität, unsere Spontanität und Konsequenz. Wir sollten uns in der Soliarbeit mehr auf unsere eigenen Stärken beziehen. Ein besserer Krawall und die Öffentlichkeit, die wir vermissen, ist da. Ein unangemeldeter Besuch bei der Presse und viel Porto ist gespart. Unsere Inhalte tragen wir nicht über die FR an die Bevölkerung, sondern über Aktionswochen, Spaß- und Spontiaktionen. Hmhmhm.. hört sich doch abgesehen davon, daß wir in der Krise sind, ganz gut an oder...

Hamburg, im September 1995
10 leere Flaschen Wein...

Oktober 1995

Offener Brief an die Antifa (M)/Göttingen

Wie uns bekannt wurde, hat die Antifa (M) einen Vergewaltiger in ihrer Struktur, der auch nach seiner Öffentlichmachung als solcher noch in der Gruppe arbeitet und an Aktionen teilnimmt. Auf die Aufforderung von FrauenLesbenzusammenhängen an die Antifa (M), zu dieser Tatsache öffentlich Stellung zu beziehen und sich von dem Vergewaltiger zu distanzieren, wurde nicht reagiert. Die einzige Antwort, die bisher gefunden wurde, ist ein zweifelhafter Ausschuß, der - ähnlich einem bürgerlichen Gerichtsverfahren - den "Fall" aufklären soll. Diese Art von Umgang mit Vergewaltigung unterscheidet sich nicht von dem innerhalb der patriarchalen Gesellschaft, die es anzugreifen gilt. Der betroffenen Frau wird nicht geglaubt und somit faktisch Täterschutz betrieben. Dies steht in deutlichem Widerspruch zu den bisher von der Antifa (M) formulierten antipatriarchalen und antisexistischen Ansprüchen.
Sexuelle Gewalt wird individualisiert, wenn sich nach jeder öffentlich gemachten Vergewaltigung an den einzelnen Tätern abgearbeitet wird und den betroffenen Frauen mit permanenten Detailfragen die Mündigkeit abgesprochen wird, eine Vergewaltigung als solche zu definieren und zu benennen. Die Diskussion um sexuelle Gewalt und Vergewaltigung wird damit in den Privatbereich abgedrängt und ihre gesamtgesellschaftlich Dimension als patriarchales Herrschaftsinstrument zur Unterdrückung von Frauen ignoriert.
Gegenstand einer Diskussion kann nicht die detailierte Beschreibung einer Vergewaltigung sein, sondern muß ein Benennen und Beseitigen der Ursachen sein. Die Individualisierung "einzelner Vergewaltigungsfälle" muß verhindert werden und die betroffene Frau in ihrer Öffentlichmachung uneingeschränkt unterstützt werden. Theoretisch formulierte Ansprüche müssen in konkretes Handeln umgesetzt werden, um Ansätze einer gewalt- und herrschaftsfreien Gesellschaft zu schaffen.

Unsere konkreten Forderungen sind :

- **Als ersten Schritt eine öffentliche Stellungnahme der Antifa (M) zu ihrem Umgang mit Vergewaltigern (im allgemeinen und konkretem !)**
- **Öffentlichmachung ihrer Diskussionsprozesse zu diesem Thema**
- **Schluß mit den Angriffen auf Frauen, die Vergewaltiger benennen !**
- **Keine Duldung von Sexisten und Vergewaltigern in unseren Strukturen !**

FrauenLesben Regionalplenum Niedersachsen / Sachsen-Anhalt

Extra-Stellungnahme einer Frau aus dem Büro mit Tommi
zum Papier der revolutionären Feministinnen in der Interim Nr. 343
vom 14.09.95

Warum es für mich keine gemeinsame Stellungnahme geben konnte:

Ich stelle mich hinter das Papier der revolutionären Feministinnen. Ich finde es ausgesprochen wichtig zu thematisieren, wel-chen großen Stellenwert Täterschutz bei Gewalt gegen Frauen hat. Wenn es diesen Schutz und die Rehabilitierung von Täter nicht so flächendeckend gäbe würde von viel mehr Frauen die Tatsache, daß sie vergewaltigt worden sind offengemacht werden, weil ihre Integrität und Glaubwürd-igkeit nicht permanent in Frage ghestellt würde. Wenn sich einmal mehr damit auseinandergesetzt würde, woher Gewalt gegen Frauen kommt, welche Funktion diese hat, was diese für Frauzen bedeutet und was es für Frauen heißt, Männer mit ihren Taten zu konfrontieren, dann wäre es nicht mehr möglich, den Blick sofort und ziemlich ausschließ-lich auf den Mqnn zu richten, um dann Entschuldigungen oder zumindest Erklärungen zu finden und bei dem Täter baldmöglichst eine positive Entwuicklung, die große Veränderung feststellen zu wollen. Immer noch wird nach einer Vergewaltigung weitaus mehr darüber gesprochen, wie schwer es nun der Mann hat. Immer noch wird in aller Regel mehr Mitgefühl mit dem Täter als mit der Frau empfunden. Vergewaltigung dient der Verfügbarmachung von Frauen, um sie nach Bedarf ausbeuten zu können. Daß dies nciht bewußt ist,zeigt sich dadurch, daß sobald der Vorwurf von Täterschutz gemacht wird, danach gefragt wird, "aber wie alnge ist denn einer Vergewaltiger? Er kann doch nicht sein ganzes Leben lang geächtet werden?" (Mit dem Wort "Ächtung" werden augenblicklich die Täter- und Opferrollen vertauscht) Für die Frau hat es lebenslange Folgen, für sie ist es nie vorbei. Zu der Frage "Hat ein Vergewaltiger denn kein Recht auf Verteidigung? Was wäre denn, wenn kein Anwalt bereit wäre, so einen zu verteidigen?" möchte ich sagen, daß wir von solchen Verhältnissen soweit entfernt sind wie von zuviel Wohnraum! Es sind die absoluten Ausnahmen von AnwältInnen, die keine Vergewaltiger verteidigen.
Was es für Frauen heißt vergewaltigt worden zu sein und ihren Vergewaltiger angezeigt zu haben, darüber ist auch in diesem konkreten Fall wie in aller Regel kein Wort gefallen.
Dies setzt sich fort in der Reaktion auf die Kritik an T.H.: Die meisten - leider auch viele Frauen - sorgten sich zu allererst und oft ausschließlich darum, welche Folgen die öffentliche kritik für T.H. und seine Arbeit hätte (nur wenige fragten, ob es anhand des Papiers von den revolutionären Feministinnen harte Auseinandersetzungen im Büro gegeben hat).
Die Situation im Büro war ganz ähnlich: Die meisten stellten sich hinter T.H. Das ging soweit, daß sie anstatt T.H. selbst eine Stellungnahme verfaßten und machten mich für den Angriff auf T.H. verantwortlich, weil ich falsche Informationen weitergegeben hätte. Später wollten sie mich davon überzeugen, daß ich die "Pflicht" hätte,, mich mit unter die gemeinsame Stellungnahme zu setzen wegen der Informationsweitergabe. Vom Großteil wurde nicht gesagt, daß T.H. mit seinem monatelangen Nichtverhalten die Frauen gezwungen hat, öffentlichen Druck zu machen, daß es also nur die Quittung war, für sein antifeministisches Verhalten.
Die Kritik wurde als Angriff und nur als Angriff gewertet. Demzufolge wurde sich auch so gut wie ausschließlich an der Darsteollung der "Fakten" abgearbeitet, um den Vorwurf zu entkräften. Als das Wichtigste (und Dringlichste) an einer STellungnahme wurde anscheinend eine andere Darstellung der "Fakten" gesehen. Wie wäre es sonst möglich, diese darauf zu beschränken, weil eine gemeinsame inhaltliche Stellungnahme wegen unterschiedlicher Positionen bzw. nicht geführter Diskussionen nicht möglich ist.

Die Kritik wurde weder als generelle anhand eines Beispiels gesehen, noch als (natürlich nach nachdrückliche) Forderung, das vor sich hergetragene Image vieler endlich unter Beweis zu stellen und Tätern und Tätersch+ützern entgegenzutreten, anstatt sich mit ihnen zu solidarisieren. Auf die Forderung nach einer inhaltlichen Auseinandersetzung darüber, welche Funktionen Gewalt gegen Frauen hat, ist nicht eingegangen worden, denn dann hätten sie auch ihre Position als Männer in Frage stellen müssen. Stattdessen gab es Zeit für eine langwierige Rekonstruktion der Geschehnisse, um dann festzustellen, daß es über den Zeitraum, in dem T.H. sein Wissen verschwiegen hat, unterschiedliche Wahrnehmungen gab und gibt.- Ich hatte T.H. bei unserem ersten Gespräch darüber, als ich ihn direkt darauf ansprach, so verstanden, daß er über die Vorstrafe wegen Vergewaltigung schon in der Akte zum ersten Verfahren und nicht erst in der zum Führungsaufsichtsverfahren "gelesen aber nciht darauf reagiert" hat. Für mich ist es auch immer noch nicht nachvollziehbar, wie T.H. sich monatelang auf die Verteidigung vorbereitet haben will, ohne das Vorstrafen_Register genau zu kennen.
Auf jeden Fall ist es für mich nicht möglich, auf den inhaltlichen und politischen Teil des Papiers der revolutionären Feministinnen nicht zu antworten - denn keine Antwort ist auch eine Antwort!
Zu dem Belieben später zu entscheiden, ob und wo ein eventuelles Ergebnis einer Diskussion des Büros veröffentlicht wird, weil man sich ja schließlich nicht zwingen lassen werde, fällt mir nur die FRage ein: Was passiert, wenn kein Druck gemacht wird?
Diese Umgehensweise zeigt eindeutig ein Nichtinteresse an einer Vorantreibung einer weitergehenden Diskussion und daß der aufgetretene Widerspruch nicht als ein gesellschaftlicher politischer gesehen wird Klar gibt es viele, die die Verteidigung eines Vergewaltigers rechtfertigen, aber da ist nur noch Boykott möglich, während von T.H. schlicht das gefordert wird, was er selbst vorgab zu tun bzw. nicht zu tun. Ich bin davon ausgegangen, daß mehr dahinter steht, wenn man sagt, man verteidigt keine Vergewaltiger, nämlich mehr als eine technische Regel, keine Vergewaltiger in VErgewaltigungsprozessen zu vertreten, eben eine Parteilichkeit für die vergewaltigten Frauen, eben die Entscheidung, auf welche Seite man sicht stellt, was eine Vertretung eines Täters 1%ig ausschließt und einen aktiven Kampf gegen sexistische Strukturen einschließt. Das ist weit mehr, als keine Frau zu vergewaltigen oder zu schlagen, sondern erfordert eine eindeutige Haltung gegen die Männer, die Sexismus und sexistische Gewalt reproduzieren und daß mann diese mit ihrem Verhalten konfrontiert. Genauso heißt das klarzuhaben, was Täterschutz ist.
Täterschutz fängt da an, wo verschwiegen wird!
(und hört erst da auf, wo mann selbst zum Täter wird.)
Soviel nur zu der Frage aus dem Büro: Täterschutz- wo fängt der an, wo hört der auf.?

Weiter ist es für mich nicht nachvollziehbar, wenn gesagt wird, daß "die anwaltliche Arbeit auch nur ein Job" ist, weil ich diese Trennung von beruflicher und politischer Arbeit ablehne und es meiner Meinung nach nur eine Ausrede ist, für das eigene Handeln keine politische Verantwortung übernehmen zu müssen. Erst recht weil im juristischen Bereich die Konfrontation mit einer Klassen-, rassistischen und sexistischen Justiz stattfindet.

Ich schließe mich den Forderungen der revolutionären Feministinnen! Ich würde mich freuen, wenn alle FrauenLesben die Interesse an einer inhaltlchen Auseinandersetzung über Täterschutz und zur Entwicklung einer Gegenstrategie haben, am Mittwoch, den 8.11., um 19.00 Uhr zu einem Treffen in die Yorckstraße 59 kommen.

OFFENE FRAUENHOCHSCHULE WUPPERTAL

IDENTITÄT MACHT DIFFERENZ

Die Offene Frauenhochschule 1995 trägt den Titel `IDENTITÄT MACHT DIFFERENZ´. Dieser Titel kann gelesen werden als Aussage `Identität macht Differenz´ - und als Aneinanderreihung dieser drei Begriffe.

Die erste Lesart `Identität macht Differenz´ - im Sinne von herstellen - bezieht sich darauf, daß in dieser Gesellschaft Identität einerseits etwas `Eigenes´ beschreibt, andererseits eine Zugehörigkeit ausdrückt. Da `Identität´ immer im Verhältnis zum `Anderen´ aufgebaut wird, wird gleichzeitig ein Unterschied zu `den Anderen´ hergestellt und gerechtfertigt.

So galt zu Anfang der Neuen Frauenbewegung `Frau-Sein´ als identitätsstiftende Basis, von der aus mit Allgemeinheitsanspruch im Namen `der Frauen´ agiert wurde. Ausschlaggebend war die Erfahrung, daß Frauen in dieser patriarchalen Gesellschaft immer als `die Anderen´ definiert wurden.
Seit einigen Jahren sind jedoch auch die Differenzen unter Frauen im feministischen Blickfeld. Vor allem Migrantinnen, jüdische und Schwarze deutsche Frauen, aber auch - quer dazu - Lesben, Behinderte und andere `Andere´ haben innerhalb der Frauenbewegung eingefordert, Unterschiede unter Frauen zu benennen. Diese Auseinandersetzung erweist sich immer noch als sehr konfliktreich.

Dies führt uns zur zweiten Lesart, zur Verbindung von Identität und Differenz mit Macht. Identitäten und Differenzen sind nicht nur ein Ergebnis aktiver Aneignung, sie sind auch Folge gesellschaftlicher Zuschreibungsprozesse. Identität macht also nicht nur Differenzen, die gleichwertig nebeneinander stehen; Differenzen werden gesellschaftlich bewertet.
Innerhalb der Frauenbewegung ist dies spätestens seit der Rassismusdiskussion Thema. Je nach nationaler, kultureller, sozialer Herkunft, Religionszugehörigkeit, etc. sind Frauen mit unterschiedlichen Privilegien und Handlungsmöglichkeiten ausgestattet. Damit sind Frauen unterschiedlich stark an der Ausübung gesellschaftlicher Macht und an der Aufrechterhaltung von Unterdrückungsstrukturen beteiligt.
Diese Erkenntnis hatte u.a. zur Folge, daß die Identität `Frau´ sich um verschiedenen `Bindestrich-Identitäten´ erweiterte. Kulturelle, religiöse, nationale, sexuelle Identitäten und Unterschiede standen nun stärker im Vordergrund feministischer Diskussion.

Die Veranstaltung `IDENTITÄT MACHT DIFFERENZ´ knüpft inhaltlich an die OFH-Tagung 1993 „grenzerfahrung" an. Während es bei der „grenzerfahrung" um das Sichtbarmachen der Unterschiede und Machtstrukturen unter Frauen und der Vielfältigkeit von Frauenbewegung(en) ging, soll während der diesjährigen Veranstaltung die Funktion von `IDENTITÄT MACHT DIFFERENZ´ Thema sein. Über die Wahrnehmung der unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen hinaus, möchten wir den folgenden Fragen Raum geben: Wie werden diese Identitäten und Unterschiede hergestellt, wie werden sie festgeschrieben und wem nützt das - aber auch: wo liegt der eigene Anteil an der Aufrechterhaltung dieser Mechanismen? Sind nicht nationale, kulturelle, religiöse, aber auch Geschlechtsidentitäten nur scheinbar feststehende Größen, von Herrschaftsverhältnissen geprägt und zudem ständigem Wandel unterlegen? Welche Gemeinsamkeiten haben Frauen dann überhaupt noch - und warum suchen wir nach diesen Gemeinsamkeiten?

Andererseits wollen wir bei aller wichtigen Reflexion, die immer auch Verunsicherung bedeutet, auch die Handlungsperspektiven nicht aus den Augen verlieren: Wie können wir jenseits eines punktuellen Aktionismus langfristig orientiert handeln - gegen Sexismus, Rassismus und Antisemitismus und andere Unterdrückungsformen?

Freitag, 03. November 1995

10.30 Uhr

Identität und Befreiung

Claudia Koppert
Raum ESG

Einerseits sind Gruppen, die über gemeinsame Identitäten - wir Frauen, wir Schwarzen, wir Lesben, „Wir sind das Volk" - zusammengehalten werden, eine starke politische Kraft. Andererseits sind kollektive Identitäten in Verruf gekommen: Sie haben ausschließende Wirkung und schreiben die einzelnen fest. Ein Blick auf historische und zeitgenössische Befreiungsbewegungen zeigt, daß kollektive Identitäten beides sein können, aber nicht zwangsläufig sein müssen: unterwerfende Machtmittel und Mittel der Emanzipation.

17.00 Uhr bis 18.30 Uhr

Herrliche DameDämliche Herrin - Weiblichkeitsbilder, Dekonstruktion und politische Konsequenzen

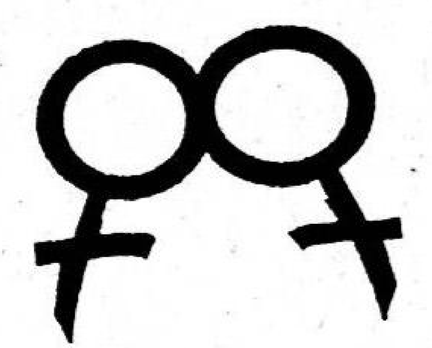
Rose Killinger
■ Raum 1

Die weibliche Identität wird zunehmend in Frage gestellt. Frausein allein reicht nicht mehr aus, um politische Handlungszusammenhänge zu definieren.
Die Referentin wird in dem Vortrag auf die Wechselwirkung zwischen Menschenbild, Geschlechterverhältnis, Weltbild und politischer Veränderung eingehen. Dabei setzt sie die Vorstellung der Dekonstruktion und die Rolle der Perfomance von lesbischer, heterosexueller, bi- oder transsexueller Identität im Verhältnis zur Hierarchie der Geschlechter.
Die Lust am Denken und das Phantasieren über eine veränderte Gegenwart mit Zukunftsperspektiven werden nicht zu kurz kommen.

Antisemitismus und Geschlechtsidentität - drei Fallstudien aus den 30er Jahren

Eva Maria Ziege
■ Raum 2

Wie haben Frauen im Deutschland der 30er Jahre auf die weit verbreitete Verflechtung der Bilder vom „Weiblichen" mit dem „Jüdischen" und ihre Entgegensetzung zum „Männlich/Arischen" reagiert?
An drei Beispielen antijüdischer Frauen wird dieser Zusammenhang von Antisemitismus und Sexismus analysiert.



Samstag, 04. November

AG: Nationale Identität

Mira Renka
■ Raum 3

Nationale Identität - Gibt es sie überhaupt? Welcher Inhalt verbirgt sich hinter der Identität, die sich eine nationale nennt? Wer definiert diesen? Zu welchem Zweck? Wem nützt sie? Wann kann sie besonders gut gebraucht werden?
In welchem Verhältnis stehen zueinander: Nation, Heimat, Volk, Staat? Was hat das mit der Identität eines Menschen zu tun?
Wie gehen Frauen damit um? Die aus der Frauenbewegung und die, die sich als nicht dazugehörig definieren?
Als Ausgangsfrage könnte folgende stehen: Ich bin eine Deutsche, was bedeutet dies für mich? Was bedeutet dies für die anderen, die Nichtdeutsche sind?

AG: Körper - Sichtweisen

Paula-Irene Villa
■ Raum 4

In der aktuellen Geschlechterforschung rückt der Leib zunehmend in den Mittelpunkt. Leiblichkeit als Verkörperung gesellschaftlicher Prozesse und sozialer Machtverhältnisse wird zum Kristallisationspunkt zeitgenössischen feministischen Denkens, weil - so eine These - der Körper als Grundlage für die `Einordnung´ in eine gesellschaftliche Ordnung dient, die sowohl geschlechtlich, kulturell/ethnisch und soziokulturell differenziert ist. Der Geschlechterdualismus ist immer schon verbunden mit anderen Dualismen - ebenso sind alle sozialen Differenzierungen immer schon vergeschlechtlicht.
Der Leib - „Platzanweiser in der Gesellschaft" - ist deshalb so zentral, weil die Dimensionen Geschlecht und Ethnizität mit einem hohen Grad an Naturalisierung verbunden sind, d.h. ihr sozialer Ursprung wird verschleiert.

AG: Kulturelle Identität

Fadime Kök
■ Raum 5

Ankündigung siehe Aushang

AG: Unterschiede sichtbar machen, Vorurteile abbauen, zusammenkommen. Und dann?

„Süd-Strömungen" (angefragt)
■ Raum 6

Über die Begegnung mit dem inneren und äußeren Rassismus in der Auseinandersetzung um Integration und Partizipation

Veranstaltungsort:
Evangelische Studierenden Gemeinde ESG
Gaußstr. 4, 42119 Wuppertal
Bergische Universität / GHS Wuppertal
Gaußstr. 20, 42119 Wuppertal

Die Tagungsgebühr der OFH beträgt je nach finanzieller Selbsteinschätzung zwischen DM 15 und DM 30 für die Tageskarte und zwischen DM 25 und DM 50 für die Tagungskarte (Frauen ohne Einkommen zahlen nichts). Bei Vorlage der Tagungskarte ermäßigter Eintritt bei der Kulturveranstaltung in der `börse´ (Samstag).

Während der Tagung sind die Organisatorinnen telefonisch zu erreichen; die Telefonnummer ist unter 02 02/43 62 25 (Anrufbeantw.) zu erfragen.

Für alle, die sich als Frauen definieren, ist die Veranstaltung offen.

Bitte bringt alle Tassen, Besteck und Geschirr mit!

Kinderbetreuung und Schlafplätze bitte anmelden!

Code der römischen Zentralbank geknackt

Hacker gelangen offenbar auch in Nuklearforschungszentrum

ROM (AFP). Hacker haben sich in Italien Zugang zu den Computern der Zentralbank und dem Nationalen Institut für Nuklearphysik verschafft. Die Gruppe „Bewaffnete Phalanx" bezichtigte sich am Sonnabend abend des illegalen Eindringens. Die Zentralbank wollte den Vorgang nicht bestätigen. Das System wurde allerdings am Sonnabend im Laufe des Tages plötzlich vom Computernetz Internet abgetrennt. Der Zugang zu den Computern des Nuklearforschungszentrums hingegen war nach Angaben mehrerer Tageszeitungen auch am Sonnabend abend noch mit den von den Hackern veröffentlichten Passwörtern möglich. „Revolution ja, aber nicht so wie ihre Euch das vorgestellt habt. Dreht Euch um, Eure Feinde werden auf den Bildschirmen sein", hieß es in einer Botschaft der Hacker. Gleichzeitig betonte die „Bewaffnete Phalanx", sie habe bestimmte Informatiksysteme völlig unter ihrer Kontrolle. „Wir haben die Netze, wir haben die Information, wir haben die Macht". Nach Angaben der Staatsanwaltschaft handelt es sich bei der „Bewaffneten Phalanx" um eine ernstzunehmende Gruppe von „virtuellen Terroristen", wenn es auch ihr vorrangiges Ziel ist, in den Medien Beachtung zu finden.

Zwei steckbrieflich gesuchte Amerikanerinnen, die in Anlehnung an einen Spielfilm von den Medien den Spitznamen **„Thelma und Louise"** erhielten, sind in Toronto gefaßt worden. **Joyce Stevens** und **Rose Turford** werden viele Entführungen und bewaffnete Raubüberfälle zur Last gelegt. Sie hatten überwiegend Männer ausgeraubt, denen sie ihre Begleitung angeboten hatten. Ihren Spitznamen erhielten die bewaffneten Frauen nicht wegen dieser Vorgehensweise, sondern erst im Laufe ihrer langen verwegenen Flucht quer durch die ganze USA.

„THELMA AND LOUISE": Joyce Stevens und Rose Turford. Foto: AP

Wir präsentieren: Die neue Abschiebehaftanstalt Berlin-Köpenick

Hurra, jetzt ist er fertig, der neue schöne, menschenfreundliche Abschiebeknast Grünauer Straße! Das läßt sich der Senat einiges kosten. In Zeiten von Haushaltskürzungen werden für diesen Bau ca. 26 Millionen Baukosten und jährlich ca. 10 Millionen zusätzliche Personalkosten bewilligt. D. h. täglich kostet ein Häfling 180 DM, also manatlich ca. 5400 DM. - Ob er/sie davon leben könnte, wenn er/sie den Betrag ausbezahlt bekäme? - Auf diesem Hintergrund lassen sich die Kürzungen, die das Asylbewerberleistungsgesetz vorschreibt, wohl kaum rechtfertigen. Manche Flüchtlinge außerhalb des Knastes müssen von 80% des Sozialhilfesatzes, d. h. 360 DM im Monat, leben.

Der neue Knast ist für 350 Abschiebehäftlinge angelegt. Im Falle der Schließung der Abschiebehaftanstalt Kruppstraße bedeutet dies eine Verdoppelung, falls sie nicht geschlossen wird, eine Verdreifachung der Aufnahmekapazität. Präsentiert und gepriesen werden heute von Herrn Heckelmann die liebevolle Betreung der Häftlinge durch zwei Sozialarbeiter, die luxeriöse Zellenausstattung, die knasteigene Parkanlage und die direkte Verkehrsanbindung an den Flughafen Schönefeld.
Das eigentliche Konzept des Senats ist eine bessere Überwachung durch kleinere überschaubare Trakte.

Menschen werden zu Abschiebehäflingen, wenn sie ihr Asylantrag abgelehnt wurde, wenn sie aufgrund des neuen restriktiven Asylgesetzes illegal hier leben oder aus anderen Gründen keine gültigen Aufenthaltspapiere haben. Abschiebehaft ist eigentlich keine Strafhaft.

Aber wie sieht die Realität für die Abschiebehäftlinge wirklich aus? Die Erfahrungen aus der Abschiebehaft Kruppstraße zeigen, daß die Flüchtlinge, monatelang weggeschlossen, Willkür und Schikanen ausgesetzt sind. Unverschämte Besuchsregelungen, Gespräche nur durch Trennscheiben und eine undurchschaubare Mischung aus korrekten und skrupellosen Beamten verstärken tagtäglich Angst, Frustration und Verzweiflung der Inhaftierten, die bei einigen auch Suizidgedanken auslösen. Eine weitere extreme psychische Belastung ist das Warten auf eine ungewisse Zukunft. Nach einer Wartezeit von bis zu 18 Monaten werden die Menschen entweder abgeschoben oder in die staatlich gewünschte Illegalität entlassen. So wurden im ersten Halbjahr 1994 von 2899 Häftlingen 1232 nicht abgeschoben sondern ohne Papiere wieder entlassen. Was mit ihnen passiert ist, weiß niemand. Auch sie hofft Heckelmann, bald im Knast Grünauer Straße begrüßen zu dürfen.

Wir fordern:

Keine schöneren Knäste sondern Abschaffung der Abschiebehaft

Bleiberecht für die Flüchtlinge

Diffamieren, kriminalisieren, abschieben

- zum Hintergrund rassistischer Polizeiübergriffe auf VietnamesInnen

Seit der Vereinigung sind VietnamesInnen - ehemalige VertragsarbeiterInnen, AsylbewerberInnen und Flüchtlinge - in Berlin und den anderen ostdeutschen Ländern massiven polizeilichen Repressionen ausgesetzt:
- Regelmäßige Razzien in Wohnheimen, bei denen oft ohne Durchsuchungsbefehle ganze Häuser durchwühlt, Türen eingetreten und BewohnerInnen zusammengetrieben und über Stunden an Heizkörper gefesselt werden.
- Willkürliche und zum Teil äußerst brutale Kontrollen auf der Straße.
- Schwere Mißhandlungen auf Polizeiwachen.

Die Polizeiübergriffe sind keine Einzelfälle, wie von Polizeiführung und politisch Verantwortlichen beharrlich behauptet wird. Sie stehen vor dem Hintergrund eines staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit den vietnamesischen VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen, der deutlich rassistische Züge trägt.

Diese Politik verfolgt seit der Wende das Ziel, eine ganze gesellschaftliche Gruppe von Menschen gezielt zu diffamieren und zu kriminalisieren, um die Bedingungen für massenhafte Abschiebungen zu schaffen.

Zu dieser Politik gehören:
- die schrittweise Verschlechterung des Aufenthaltsstatus
- die Hinnahme der Massenentlassungen entgegen arbeitsvertraglichen Verpflichtungen
- die Abdrängung in informelle, halblegale und illegale Nischen der Existenzsicherung
- die gezielte gesellschaftliche Ausgrenzung durch die pauschale Diffamierung als organisierte Kriminelle
- Einschüchterung und Mißhandlung durch die Polizei

Destabilisierung des Aufenthaltstatus'

Zur Zeit der Wende 89/90 bzw. vor der Vereinigung hat seitens der letzten DDR-Regierung und der Bundesregierung kein Interesse bestanden, den einst ins Land geholten und dort real-sozialistisch ausgebeuteten vietnamesischen VertragsarbeiterInnen über die Vereinigung hinaus eine Lebensperspektive hierzulande zu bieten. Die "Bonner Linie" zielte schon damals auf die mehr oder minder komplette Rückführung der VertragsarbeiterInnen in ihre Heimatländer ab.

Daß für die VietnamesInnen im neuen Deutschland kein Platz mehr sei, wurde im Mai 1990 mit dem sog. Rückkehrabkommen zwischen der letzten DDR-Regierung und der Regierung Vietnams besiegelt:
3.000 DM Entschädigungsgeld, 70% der letzten drei Monatsgehälter sowie das Rückflugticket wurden den bereits entlassenen oder von Entlassung bedrohten VietnamesInnen seitens ihrer Betriebe und ersatzweise durch das Bonner Finanzministeriums geboten, wenn sie einwilligten, freiwillig in ihre Heimat zurückzukehren.

Diese Abschiebewelle "light" ließ bis Ende 1991 rund 45.000 VietnamesInnen mehr oder weniger freiwillig nach Vietnam zurückkehren. Die Rückkehr ist wohl - neben dem deutlichen Rassismus, der den VietnamesInnen in dieser Zeit entgegenschlug - den rechtlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen geschuldet, in denen sich die VietnamesInnen, wie auch andere Gruppen ehemaliger VertragsarbeiterInnen, im neuen Deutschland wiederfanden.

Mit dem Inkrafttreten des Ausländergesetzes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR am 1.1.1991 wurde die Rückkehr weiterer VertragsarbeiterInnen gesetzlich vorbereitet:.

Denn viele VietnamesInnen, die zu diesem Zeitpunkt weniger als 8 Jahre in Deutschland waren, bekamen den unverhältnismäßig - verglichen mit ArbeitsmigrantInnen im Westen - schlechten Aufenthaltstitel einer Aufenthaltsbewilligung, die an den Zweck der Arbeit gebunden war und mit dem Arbeitsende hinfällig wurde. Andere, die die Vor-

aussetzung zu einer Bewilligung erfüllten, wurden notgedrungen mit einer "Duldung" ausgestattet. Sie konnten zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der Haltung Vietnams, das die VertragsarbeiterInnen ohne Pässe nicht einreisen ließ, nicht abgeschoben werden.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits der überwiegende Teil der VietnamesInnen und anderer MigrantInnen-Gruppen aus dem Land oder in die Illegalität gedrängt wurde, wird auf Druck antirassistischer und Flüchtlingsgruppen sowie anderer gesellschaftlicher Kräfte die Forderung nach einem Bleiberecht für die Ex-VertragsarbeiterInnen in die öffentliche Diskussion gebracht.

Was schließlich die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder am 17. Juni 1993 als sogenannte "Humanitäre Bleiberechtsregelung" präsentieren, hat nichts mit humanitär zu tun.

Die dort festgelegten Bedingungen zum Erwerb einer auf zwei Jahre begrenzten Aufenthaltsbefugnis sind schwer zu erfüllen und haben zur Konsequenz, daß rund die Hälfte der hier lebenden VietnamesInnen mit der "humanitären" Regelung endgültig ausgegrenzt und zur Abschiebung freigegeben werden.

Denn die Regelung gilt nur für jene, die vor dem Juni `90 eingereist sind, ein festes Arbeitsverhältnis sowie ausreichend Wohnraum nachweisen können und die weder straffällig sind noch Sozialleistungen beziehen. Die Bleiberechtsregelung ist für viele VietnamesInnen ein Teufelskreis.

Wie ernst es den Innenministern und Ministerpräsidenten mit ihrer "humanitären Regelung" war, zeigt der Umstand, daß den VertragsarbeiterInnen ursprünglich gerade einmal ein paar Wochen Zeit blieb, um die genannten Bedingungen zu erfüllen. Die Bleiberechtsregelung trat auf der Ministerpräsidenten-Konferenz am 17.06.93 in Kraft. Der Stichtag wurde - wiederum auf gesellschaftlichen Druck hin - mehrmals verschoben, schließlich mußte jede/r Vietnames/e/in bis zum 17.04.94 die oben genannten Bedingungen erfüllen, wollte er/sie eine Aufenthaltsbefugnis erhalten.

Die behördliche Vorbereitung zur Durchsetzung der Abschiebung im großen Stile wurde am 1.4.94 mit einer Weisung des Berliner Innensenators Dieter Heckelmann weiter unterfüttert. Diese Weisung besagte, daß keine Aufenthaltsbefugnis erteilt würde, wenn eine Verurteilung wegen einer Straftat oder einem anderen Bagatell-Delikt, das einen Ausweisungsgrund darstellt, vorläge. Diese Weisung richtete sich vor allem gegen die ökonomisch zum illegalen Zigarettenhandel genötigten VietnamesInnen sowie gegen alle jene, die gegen die Paragraphen des Ausländergesetzes verstoßen hatten.
Die Weisung Heckelmanns wurde zwar drei Monate später auf Initiative des Berliner Abgeordnetenhauses dahingehend geändert, daß doch eine Aufenthaltsbefugnis erteilt würde, wenn die betreffende Person nicht zu mehr als 3 Monate Haft oder 90 Tagesätze verurteilt wurde und zudem eine Arbeitsstelle vorweisen könnte. Im Oktober 1994 erklärte jedoch das Berliner Verwaltungsgericht diese Praxis - wegen der Bundeseinheitlichkeit - für rechtswidrig, so daß Heckelmann am 13.12.94 die alte Weisung vom 1. April desselben Jahres wieder einsetzen konnte.

Die politisch und behördlich vorangetriebenen Maßnahmen der aufenthaltsrechtlichen Destabilisierung und Illegalisierung der VietnamesInnen mit dem Ziel der Abschiebung wurde zunächst durch die Haltung Vietnams durchkreuzt. Die Regierung Vietnams weigerte sich anfänglich, gegen ihren Willen abgeschobene und "straffällig" gewordene Landsleute aufzunehmen, indem diesen das notwendige Wiedereinreisevisum versagt wurde.

Hier war dann außenpolitische "Überzeugungsarbeit" notwendig, um die vietnamesische Seite für die Massenabschiebungen gefügig zu machen.

Der Ansatzhebel, der sich bot, wurde bereits im Mai 1994 von Innensenator Heckelmann formuliert. Bonn solle die Entwicklungshilfegelder für Vietnam als Druckmittel einsetzen

und die Regierung in Hanoi darüber zwingen, die VietnamesInnen wieder aufzunehmen. Daß sich der Entwicklungshilfeminister Spranger schließlich darauf einließ, zeigt nur, wie knallhart unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe innen- und außenpolitische Interessen durchgesetzt werden.
Auf der anderen Seite war die Hanoier Regierung aber auch schnell zu diesem Menschenhandel bereit.

Am 11.1.1995 wurde in Bonn ein Beschluß zwischen der BRD und der SRV gefaßt, der die "Rücknahme" Vietnams von rund 40.000 "illegalen" VietnamesInnen bis zum Jahre 2.000 regelt. Im Gegenzug nimmt die BRD die eingefrorene Entwicklungshilfe von rund 70 Mio DM wieder auf und investiert nochmals rund 25 Mio DM in begleitende Projekte für die Rückkehrer.

Das "Rücknahmeabkommen", das am 29.09.1995 in Kraft trat, ist somit die endgültige politische und verfahrenstechnische Grundlage, auf der nun die seit 1990 intendierten Abschiebungen der VietnamesInnen vorgenommen werden können.

Gleichzeitig ist es der Startschuß zu einer neuerlichen massenhaften Illegalisierung der VietnamesInnen, denen - aufgrund der fehlenden Lebensperspektive und der drohenden Repressionen in ihrem Heimatland - nur ein ungewisses und bedrohliches Leben im Untergrund der Wohlstandsgesellschaft BRD bleibt.

Soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung

Parallel und unterstützend zu der rechtlichen und strafrechtlichen Ausgrenzung und Illegalisierung der VietnamesInnen vollzog sich seit 1990 die soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung dieser MigrantInnen.

Bereits vor der Vereinigung waren die VertragsarbeiterInnen aus Vietnam, Angola, Mosambik und Kuba die ersten Opfer der Massenentlassungen und betriebsbedingten Kündigungen gewesen.

Die im Zuge der Entlassungen entstandene massenhafte Arbeitslosigkeit unter Vertragsarbeitern war zudem perspektivisch gekennzeichnet von geringen Aussichten auf eine Wieder- oder Neubeschäftigung. Ende 1990 waren - regional unterschiedlich - bis zu 80% der in den neuen Ländern lebenden VietnamesInnen arbeitslos.
Das Arbeitslosengeld, von dem viele aufgrund fehlender Informationspolitik nicht wissen, daß sie es beantragen können, liegt durchschnittlich bei 450-600 DM.
Die VertragsarbeiterInnen wurden mit dem Argument "Deutsche zuerst" aus dem offiziellen Arbeitsmarkt verdrängt, was blieb waren Tätigkeiten in dem informellen Sektor: Suppenküchen und Verkauf von Lebensmitteln in den Wohnheimen, Handel mit unverzollten Zigaretten. Der Verlust der Arbeit bedeutete mittelfristig wiederum eine aufenthaltrechtliche Verschlechterung ihres Status.
Sozialhilfe wird vielfach aus Angst, dies könne zu einer Ausweisung führen, seitens der VietnamesInnen erst gar nicht in Anspruch genommen. VietnamesInnen, die weder eine Aufenthaltsbefugnis noch die weniger günstige Aufenthaltsbewilligung bekommen haben, sondern lediglich geduldet werden, sind faktisch mit Arbeitsverbot belegt und bekommen, was primär die Vertragsarbeiterinnen trifft, kein Kindergeld.

Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes geht oftmals auch der Verlust des Anspruches auf ein Wohnheimplatz einher. Die ghettoartigen Wohnblöcke der ehemaligen VertragsarbeiterInnen, in Berlin sind dies u.a. die Wohnheime in der Havemannstraße, Gehrenseestraße und der Rhinstraße, [illegible] [illegible]gestalt bestehen. Was sich jedoch andert gegenüber den DDR-Zeiten ist, daß die Mieten explodieren. Quadratmeterpreise von bis zu 30 DM bzw. 480,- DM für ein 12qm großes Zimmer sind die ausbeuterischen Standards, die die senatseigene ARWOBAU nun für die in einem erbärmlichen Zustand befindlichen Wohnheimzimmer setzt.
Für einige bedeutet dies Rückkehr nach Vietnam, weil sie die horrenden Mieten nicht zahlen können. Desweiteren zieht diese ökonomische Zwangslage die vermehrte Beschäftigung in der Schattenwirtschaft nach

sich und führt zudem zu unerlaubten Untervermietungen, die dann später für ARWOBAU und Polizei die Legitimation für die tagtäglichen und brutalen Razzien und Durchsuchungen sein werden.

Gesellschaftlich und medial wird in der Zeit nach 1990 systematisch das Feindbild "Vietnamesen-Mafia" aufgebaut, das sowohl die Akzeptanz zu den Massenabschiebungen in der Öffentlichkeit herstellen soll, als auch eine Zustimmung zu der polizeilich-repressiven Umgehensweise mit den VietnamesInnen erreichen will.

Analog zu den Wirklichkeit gewordenen rassistischen Medien-Bildern während der Asyldebatte wird innerhalb kürzester Zeit die gesamte vietnamesische community mit dem Konstrukt der sagenhaften Zigaretten-Mafia überzogen. So werden die vietnamesischen ZigarettenhändlerInnen auf der Straße zu einem festen Bestandteil der organisierten Kriminalität gemacht. Sie geraten ins Visier von Sonderkommissionen wie der "Arbeitsgruppe Tabak" (Polizei) und "Blauer Dunst" (Zoll), andererseits werden sie von Politik und Öffentlichkeit zur volkswirtschaftlich existenziellen Bedrohung stilisiert.

Der Kampf gegen die "vietnamesische Zigarettenmafia" wird im Vorfeld der Bundstagswahl im Dezember 1994 zur idealen Projektionsfläche des Wahlkampfschlagers "Innere Sicherheit".
Auch dienen diese Bedrohungsszenarien u.a. zur parteipolitischen Begründung und Durchsetzung des 1994 erlassenen Verbrechensbekämpfungsgesetz.

Als dann Mitte 1994 eine großangelegte und flächendeckende Anzeigenkampagne des Bundesfinanzministeriums demagogisch gegen den illegalen Zigarettenverkauf zu Felde zieht, ist die öffentliche Meinung schon soweit konditioniert, daß VietnamesInnen in den Anzeigen gar nicht einmal mehr genannt werden müssen, und trotzdem jeder weiß, wer mit der Kampagne "Mafia mordet" öffentlich an den Pranger gestellt werden soll.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß viele der ZigarettenverkäuferInnen VietnamesInnen sind.
Handel mit unversteuerten Zigaretten ist erst einmal ein Steuerdelikt. Wie stark auch immer der Handel organisiert ist, die übergroße Anzahl der Beteiligten sind kleine StraßenhänderInnen, die das volle Risiko tragen, aber das kleine Geld verdienen. Sie alle werden pauschal zu Samurai-Schwert-schwingenden Mafiosi erklärt.
Klar ist, daß jeder illegale Markt mit einem gewissen Maß an Gewaltförmigkeit funktioniert. Das ist auch auf dem illegalen Zigarettenmarkt so.
Die vor allem vom Berliner Innensenat lancierte rassistische Kampagne setzt aber gerade die ganz kleinen Leute in diesem Geschäft unter Druck.
Nur die Veränderung der sozialen Bedingungen, die Menschen in halblegale oder illegale Nischen der Existenzsicherung treibt, ist ein Mittel gegen illegale Märkte. Das ist auch den Experten der "inneren Sicherheit" bekannt.

Das Ziel dieser Kampagne ist also nicht die Bekämpfung organisierter Kriminalität, sondern die Diffamierung einer ganzen hier lebenden Bevölkerungsgruppe zur Gefahr für Staat und Gesellschaft.
Auf dem Hintergrund der politisch vorangetriebenen Illegalisierung und Stigmatisierung der VietnamesInnen finden die Übergriffe und Mißhandlungen durch die Polizei statt.

Rassistische Mißhandlungen durch die Polizei
- Entpolitisierung durch die Justiz

Die rassistischen Übergriffe der PolizistInnen - im Zuge von Razzien in Wohnheimen, auf der Straße und auf dem Revier - sind einerseits Bestandteil des in dem Polizeiapparates verankerten strukturellen Rassismus, so wie ihn die meisten ImmigrantInnen in unterschiedlicher Form schon einmal am eigenen Leibe erlebt haben.

Andererseits gibt es durch das politisch und medial feindselige Klima gegen die VietnamesInnen quasi die Aufforderung an die PolizistInnen, unkonventionell und hart durchzugreifen.
Der konkrete und dringliche polizeiliche Handlungsbedarf nicht nur hinsichtlich vietnamesischer Zigarettenhändler, sondern VietnamesInnen überhaupt, wurde durch die eigenen Polizeistrukturen, die innenpolitische Führung und die Medien-Berichterstattung erst produziert.

Zudem: Es ist die oben beschriebene extrem labile Alltags- und Lebenssituation der VietnamesInnen und die unausgesprochene Rückendeckung von Politik und Gesellschaft, die es den PolizistInnen erlauben, sich bei ihren körperlichen Mißhandlungen an den VietnamesInen derart sicher zu fühlen, daß sie keinerlei Repressionen und Sanktionen zu erwarten haben.

Und die jüngste Entwicklung scheint ihnen ja Recht zu geben:
Ermittlungen gegen PolizistInnen, denen vorgeworfen wurde, VietnamesInnen mißhandelt zu haben, begann erst im Sommer 1994, nachdem der Verein "Reistrommel" Gedächtnisprotokolle der Betroffenen gesammelt und öffentlich gemacht hatte. Das öffentliche und mediale Interesse war anfänglich groß, und so waren die politisch Verantwortlichen gezwungen zu handeln.
Eine polizeilich-staatsanwaltliche Sonderkommission unter Leitung des Oberstaatsanwaltes Carlo Weber wurde exrtra eingerichtet und rund 75 Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen eröffnet.

Von diesen 75 Verfahren waren im März 1995 bereits 39 wieder eingestellt worden, inzwischen sind wohl noch weitere Einstellungen hinzugekommen.

In einem angeklagten Fall kam es zu einem Freispruch, drei Polizisten sind zu Bewährungsstrafen verurteilt und zwei anhängige Strafverfahren sind noch nicht eröffnet.

Die mit viel Medien-Öffentlichkeit eingesetzte polizeilich-staatsanwaltliche Ermittlungskommission wurde bereits am 16.12.94, d.h. als die meisten Ermittlungsverfahren noch anhängig waren, wieder aufgelöst. Diese vorzeitige Auflösung scheint um so unverständlicher, als daß die Ermittlungsbeamten vorher stets über Überlastung geklagt hatten.

Die Staatsanwaltschaft begründet die hohe Zahl der Einstellungen, bevor es zur Anklage kommt, mit fehlenden konkreten Angaben seitens der Opfer, mit deren widersprüchlichen Aussagen, daß PolizistInnen nicht wiedererkannt wurden oder damit, daß sich der Anfangsverdacht - z.B. der der Hinterziehung von Schmuggelzigaretten durch PolizistInnen - nicht erhärtet hätte.
Auch behauptet die Staatsanwaltschaft, die fehlende Aussagebereitschaft der Opfer/Zeugen erschwere die Ermittlungen.

Diese prototypische Entwicklung im Zuge polizei-interner Ermittlungen sowie die Einstellung der meisten Verfahren - letztlich werden vielleicht noch eine Handvoll Fälle überhaupt zur Anklage kommen - nützt der Polizeiführung und dem Innensenator bei ihrer Sicht der Dinge, wonach die Polizei hier zu Unrecht beschuldigt wurde.
Der Ausgang der Ermittlungsverfahren, die ihrer Zahl nach sowieso nur die Spitze eines Eisberges darstellen und der Dimension des Problems polizeilichen Rassismus ohnehin nicht gerecht werden, überrascht uns nicht.
Viele der Ermittlungsverfahren wurden mit der Begründung "Aussage gegen Aussage" eingestellt. Was will man anderes erwarten: Vor allem bei Übergriffen, die auf Revieren stattfinden, gibt es keine Zeugen, die die Aussage der Opfer stützen könnten, hingegen viele PolizistInnen, die Korpsgeist-geleitet die Aussagen der Beschuldigten stützen.
Es ist bekannt, unter welchem disziplinierendem Gruppendruck und -zwang Polizeieinheiten funktionieren. Da schert keiner freiwillig aus. Zudem müssen PolizistInnen zwangsläufig bei ihrer einmal zu Protokoll gegebenen Unisono-Version bleiben, da sie sich ansonsten selbst belasten würden, z.B. wegen "Strafvereitlung im Amt", da sie die Übergriffe ihrer KollegInnen nicht angezeigt haben.

Dies alles ist auch den Staatsanwaltschaften wohl bekannt. Folgerung müßte sein, den besonderen Schwierigkeiten bei Ermittlungen gegen PolizistInnen mit besonderer Sorgfalt und entsprechendem personellem Aufwand zu begegnen. Anders können Fälle polizeilicher Mißhandlungen nicht aufgeklärt werden.

"Aussage gegen Aussage"-Einstellungen deuten wir als Teil der Selbstreinigungsstrategie in bezug auf den strukturellen polizeilichen Rassismus.
Was jedoch schlimmer wiegt, sie stellen gleichzeitig einen Freibrief und eine Vergewisserung für die einzelnen Polizisten dar, daß ihre rassistischen Mißhandlungen von VietnamesInnen oder anderen ImmigrantInnen auch künftig folgenlos bleiben werden.

Wir denken, daß die Versionen der Opfer und Zeugen bezüglich des Vorwurfs der Mißhandlungen durch PolizistInnen der Realität entsprechen. Die Gedächnisprotokolle sind differenziert und bezüglich der prügelnden PolizeibeamtInnen oft übereinstimmend.

Darüberhinaus sind VietnamesInnen, die Opfer oder vielleicht Zeugen eines Übergriffs der PolizistInnen geworden sind, nur selten zu einer Aussage bereit, denn sie haben schlichtweg Angst. Auch dies ist nicht weiter verwunderlich angesichts des rechtlichen und gesellschaftlichen Illegalisierungsdruck, dem sie ausgesetzt sind. Die erste Regel ist "Nicht auffallen!".
Zudem gibt es in diesem Bereich die bekannte Erfahrung, daß Anzeigen nichts als Ärger bringen, was konkret bedeutet, das sie langwierig und zeitintensiv sind, und lediglich Gegenanzeigen der beschuldigten PolizistInnen - meist wegen Widerstand - zur Folge haben

Zu fragen wäre darüberhinaus auch, warum sollten die betroffenen VietnamesInnen lügen? Für sie ziehen die Ermittlungen nur Nachteile nach sich: Sie machen sich identifizier- und somit angreifbar, belasten sich teilweise selbst (z.B. wegen des Verkaufs unverzollter Zigaretten, Verstoß gegen Asyl- und Ausländergesetz etc.). Die Anzeigen sind zeitaufwendig, teilweise sind die VietnamesInnen zum Zeitpunkt des Verfahrens schon wieder in Vietnam und müssen dafür extra wieder einreisen.

Hingegen macht es für die PolizistInnen schon Sinn zu lügen angesichts der Vorwürfe und der Befürchtung, daß sie theoretisch bestraft werden könnten.
Daß sie damit allerdings kein großes Risiko eingehen, dies belegen ja wohl die Einstellungszahlen und das Verhalten der Staatsanwaltschaft.

Die Einstellungen im Zuge der Ermittlungsverfahren sagen nichts aus über die Entlastung der Polizei, sondern zeigen lediglich, daß derartige Ermittlung nichts taugen.

Die massenhaften, durch soziale Destabilisierung, Diffamierung und Kriminalisierung vorbereiteten und unterstützten Übergriffe der Polizei lassen sich allein auf der juristischen Ebene weder ahnden noch bekämpfen. Die rassistische Behandlung dieser Menschen hat System und ist daher eine politische Frage, die politisch aufgegriffen und entschieden werden muß.

Ein erster Schritt könnte die Einrichtung einer außerpolizeilichen, außerparlamentarischen Kontrollinstanz zur Untersuchung der Mißhandlungen und Übergriffe durch die Polizei sein. Nur eine solche Institution wäre in der Lage, Licht in den strukturell rassistischen Polizeiapparat zu bringen.

PRESSEERKLÄRUNG

Seit dem 28.1.95 sitzt der spanische Staatsbürger Benjamin Ramos Vega im Gefängnis Berlin-Moabit in Auslieferungshaft.
Das heißt für ihn: Seit über acht Monaten Isolationshaft. 23 Stunden ist er in der Zelle eingeschlossen, eine Stunde hat er Einzelhofgang, an Gemeinschaftsveranstaltung darf er nicht teilnehmen, jeder Kontakt zu anderen Gefangenen wird systematisch verhindert. Anträge auf Umschluß oder Gemeinschaftshofgang wurden abgelehnt. Alle zwei Wochen darf er eine halbe Stunde Besuch haben. Da er kein Deutsch spricht, muß laut Richterbeschluß eine vereidigte DolmetscherIn dabei sein. Diese DolmetscherIn muß von den BesucherInnen privat bezahlt werden (pro Besuch ca. 250 DM), obwohl die Übersetzung nur dazu dient, die polizeiliche Überwachung der Besuche sicherzustellen. Das Gericht verbietet Benjamin Ramos Vega, Briefe in seiner Muttersprache zu schreiben und zu empfangen. Dem Gericht ist bekannt, daß Benjamin Ramos Vega kein Deutsch kann. Ein Interview, das ein Fernsehteam mit ihm im Knast führen wollte, wurde wegen „Fluchtgefahr" abgelehnt.
Wir finden diese Sonderhaftbedingungen unerträglich, sie müssen aufhören. Jetzt sofort!
Isolationshaft ist Folter !

Benjamin Ramos Vega ist HIV-positiv. Bei seiner Festnahme war er gesund, inzwischen hat sich sein Zustand bedingt durch die Isolationshaft erheblich verschlechtert. Das haben ÄrztInnen bei Blutuntersuchungen festgestellt. Homöopathische Medikamente, die er in Freiheit eingenommen hatte, werden ihm vom Knast verweigert.
Bei der letzten Haftprüfung heißt es dazu: „die dem Senat bekannte (...) gesundheitliche Situation des Verfolgten macht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich, den Auslieferungshaftbefehl aufzuheben". Dieser Zynismus spricht für sich.

Was soll mit einer solchen Behandlung eines Gefangenen erreicht werden ?

Verantwortlich für die Haftbedingungen ist Kammerrichter Dr. Werner Nöldeke.
Dieser Richter hat sich durch Vorschläge einen Namen gemacht, wie der Widerstand hungerstreikender Gefangener gebrochen werden kann: kurz nachdem der hungerstreikende Gefangene Sigurd Debus 1981 in Berlin an den Folgen der Zwangsernährung gestorben war und der dafür verantwortliche Arzt Selbstmord begangen hatte, stellte Dr. Nöldeke fest, daß „die einmalige Durchführung der Tortur der Zwangsernährung regelmäßig genüge, um den Widerstand der Gefangenen auf verbalen Protest zu reduzieren". Er schlug außerdem vor, „den hungerstreikenden Gefangenen (...) dadurch zur Nahrungsaufnahme zu bewegen, daß man ihm möglichst bald nach Beginn des Streiks das Trinkwasser entzieht" (in: Neue Zeitschrift für Strafrecht, Heft 8, 1981).

Politisch verantwortlich für die Haftbedingungen ist die Berliner Justizsenatorin Frau Dr. Peschel-Gutzeit.

Protestieren Sie gegen diese Zustände !

Dr. Nöldeke
Kammergericht Berlin
Witzlebenstr. 4
14057 Berlin
Fax: 030 - 32092266

Frau Dr. Peschel-Gutzeit
Senatsverwaltung für Justiz
Salzburgerstr. 21-25
10825 Berlin
Fax: 030 - 7833699

weitere Informationen:

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Fax: 030 - 2518539



Wer Lust hat, Benjamin zu sehen und zu unterstützen:

Berufungsverhandlung wegen Urkundenfälschung
gegen
Benjamin Ramos Vega
(Er hatte eine BVG–Karte mit falschem Namen bei sich)

Montag 30.10.1995, 9•• h, Raum 154,
Moabit, Turmstraße 91
(Wird eventuell in den Sicherheitsbereich verlegt)

G E D A N K E N S P L I T T E R ZU:

FÜR DAS LEBEN UND DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

17. 10. 95 - da machen welche ne demo zu den politischen gefangenen - ganz konspirativ ohne aufruf, - na ja, wahrscheinlich konzentriert sich die gruppe(?) auf die redebeiträge - 1976/77, damals in stammheim schießeisen, kälberstrick und messer gegen gefangene - zu diesem datum auf die straße für die gefangenen, sicher da geh ich mit.

warum aber ist diese demo so schlecht vorbereitet, mobilisiert, organisiert? der 18. 10. ist jedenfalls lange und zuverlässig vorauszusehen, oder? was das wohl wird?

na ja, die menschen sind ja heutzutage alle so eingebunden in dies und das, ham sie halt nich auf reihe gekriegt und sich vielleicht fragen: sollten wir es dann nicht vielleicht erstmal ganz lassen oder kleinere (angemessenere) brötchen backen? wer kann das schon?

soweit gedanken vor der demo, und dann:

stammheim nicht vergessen - niemals! - jetzt die situation von christian klar, seine hungerstreikerklärung - logo! aber wieso wurde nicht genauso christians streikabbruch-erklärung verlesen, die nochmal die not, gegen die folter nicht durchgekommen zu sein, rüberbringt?
und zu welchen gefangenen ging die demo? ist den organisatorInnen nicht bekannt, daß seit geraumer zeit die mehrzahl der polit. gefangenen in der BRD türkische und besonders kurdische menschen sind? eine deutsche demo für deutsche gefangene? das treibt eine/n ja direkt in die arme der anti-nationalen!
nicht freiheit für kani yilmaz wurde gefordert, nicht für benjamin ramos vega - auch mumia abu jamal wurde nur nebenbei erwähnt - doch, von den kurdInnen war die rede: um ihnen am ku-damm die "kritische solidarität" um die ohren zu hauen, so daß jede zufällige passantin mit dem zufriedenen gefühl nach hause gehen konnte: ich habe bei einer linksradikalen demo zugehört und die haben auch - wie kanther - gesagt, daß kurdInnen brandanschläge machen und diese anschläge auch noch dem türkischen geheimdienst in die tasche lügen. überhaupt sind das alle nationalisten und gar nicht fortschrittlich. das wird ja seinen grund haben, daß die ja nicht mal bei den linken freundInnen haben; wahrscheinlich liegt das bka auch falsch mit seiner verneinung von PKK-beteilung an Anschlägen anfang august.

da wird in diesem jahr zum 5. mal das kurdische zentrum durchsucht, während die kurdInnen sich und ihre Haltung zur diskussion zu stellen versuchen, und linke(?) entsolidarisieren sich auf dem breitscheidplatz.

Ebenfalls ist den organisatorInnen der Demo - obwohl aufmerksame leserInnen zumindest des letzten angehörigen-infos - wohl entgangen, daß zur zeit gerade der erste einer reihe von §129a-prozessen gegen kurdInnen begann.

Hoch die internationale solidarität!
Gegen rituale zum abgewöhnen!

XXL

Frankfurt am Main, 3.8.1995

K.INE HINRICHTUNG VON MUMIA ABU - JAMAL !

Mehrere durchlöcherte Scheiben, Farbe an den Wänden und im Innenhof von der US - amerikanischen Fluggesellschaft Delta Airlines (Lyonerstr. 36) sollten ihnen und anderen US - amerikanischen Firmen und Konzernen klarmachen, daß wir die geplante Ermordung des schwarzen Journalisten Mumia Abu - Jamal nicht hinnehmen werden !

Falls sich d r Gouverneur von Pensylvania und die US - Regierung entschließen sollten das rassistische Todesurteil zu vollstrecken, behalten wir uns weitere Aktionen gegen jegliche US-Einrichtungen in Deutschland vor !!!

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU - JAMAL !
WEG MIT DER TODESSTRAFE !

M.T.V. - MUMIAS TOD VERHINDERN !

AUFRUPF

des R@tes der FREIEN REPUBLIK MO@BIT im Exil

Am Samstag den 21.10.1995 ist das von uns seit dem 13.10. besetzte Kleingartengelände Lehrter/Invalidenstraße, auf der Tiergartentunnelbaustelle und gegenüber dem geplanten ZentralWAHNhof von tausenden Bullen geräumt worden. Die grünuniformierten senatlichen Entsorgungstrupps für @lptaumfreie Bonnzennächte haben dabei auch servil das VOR-ORT-BÜRO der BÜRGERINITIATIVE LEHRTER STRASSE ab*servi*ert und zerstört. Eine UMSONST UND DRAUSSEN-Massenveranstaltung mit mehreren Kultbands und die Vorführung zweier Filme auf Breitwand-Cinemascope wurde dabei auch verunmöglicht.

Dank des revolutionären, gewaltbreien Widerstandes der anwesenden Massen konnte die Räumung um zwei Minuten sechzehn Sekunden verzögert werden. Die respektgebietende, aufrechte Haltung der heldenhaften BesetzerInnen hielt die deutlich dominierende Staatsgewalt offenbar davon ab die anwesenden Personen anzutasten. Leider war gerade der Druide des kleinen galligen Dorfes auf Mistsuche für die Frühkartoffeln (die lassen sich so gut in Auspuffrohre stopfen!). Durch das Fehlen des Zaubertrankes konnte so an keinen ernsthaften Widerstand gedacht werden und die Besatzungstruppen verspeisten die für unser Fest vorbereiteten Wild*schweine* alleine. Von weitem hörte mensch ihr Schmatzen und ihre rohen Lieder. Ein verzweifelter Versuch unserer Band "*Troubledix*" die Besatzer im Umzug durch schrillen, galligen Kriegsgesang zu vertreiben mißlang. Nur die letzten BesetzerInnen wurden dadurch in die Flucht geschlagen. Da Astefreaks und Nobelnix gerade in Britannien weilten, und ohne Zaubertrank die Pinkelsteine zu schwer zum Werfen sind, müssen wir uns bis zur nächsten Gelegenheit gedulden. Wie es heißt, haben sich die spinnerten Besatzer schon in ihren Bauwagenburgen verschanzt und bauen an einem *Limes* an der Spree.

Natürlich lassen wir uns davon nicht entmutigen - höhö, wär ja noch schöner! - und rufen alle Stämme, freien BAUern, Bäuerinnen und KleingärtnerInnen, die benachbarten Dörfer und umherschweifenden Gruppen zum langanhaltenden Volkskrieg gegen die imperialen Besatzer und ihre Hilfstruppen auf. Gegen Capitol und Kapital! Befreien wir unsere KleingartenKOHLonie und fügen wir den Sturmtruppen eine ARGE Niederlage bei, so daß Axel CAESAR Springer`s Medien lauthals rufen: "*Varus, Varus, gib mir meine Millionen wieder!*"

Zunächst wollen wir den Lehrter Stadtbahnhof und Umgebung in voller Kriegsbemalung erstrahlen lassen: Kein Quadratmeter ohne Anti-Tunnelparole! Keine *freie* Fläche, auf der nicht der ZentralWAHNhof angeprangert und abgelehnt wird. Wir rufen alle Freunde und Freundinnen der MÄRKLIN-Schmalspurbahn auf, das Baudenkmal Lehrter Stadtbahnhof vor dem Abriß zu retten. Auf jedem wegen Baumaßnahmen abzusägenden Baum wird ein Druide oder eine Druidin mit wahlweise rot-goldener Sichel oder schwarzem Hammer sitzen: nähere Informationen bei *Anti-Tunnel-GmbH*. - Laßt euch nicht verwischen

Weder ZentralWAHNhof noch *Gier*gartentunnel!!

ES LEBE DIE *FREIE REPUBLIK MO@BIT* !!!

betr. INTERIM 348
FREITAG, DER 13. - EIN GLÜCKSTAG FÜR HELMUT UND DIE BAUMAFIA

DAS LINKE WORT ZUR RECHTEN ZEIT:

Liebe "Klara Franke",
(was Kläre zu ihrer Namensinflation gesagt hätte, weiß ich ja nicht ...)

Deine Anmerkungen enthalten zwar einige richtige Grundpositionen, aber auch sehr falsche.

Zunächst zu den falschen: es ist keineswegs so, daß sich um die Bauprojekte in Berlin-Mitte nur die "Ökos" kümmern. Die Leute des Anarchistischen Ladens (A-Laden) bleistiftsweise kümmern sich schon seit Jahren darum und haben viele Aktionen in Gang gebracht und unterstützt, die sich gegen die Tiergartentunnel wandten. Auch in der Besetzungszeit der FREIEN REPUBLIK MO@BIT■ hat das Projekt der BI LEHRTER STRASSE und BesetzerInnen des Geländes mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Auch auf der ANTI-TUNNEL-DEMO gab es nicht nur "Müsli-Riegel". Schließlich wurde dort der in *interim* 348 abgedruckte Aufruf zur Besetzung der Kleingärten auf dem Tunnelbaufeld verteilt. Die Rede, auf die Du Bezug nimmst, ist zwar tatsächlich gehalten worden, war aber ein vereinzelter, und wirklich penetrant schleimiger "Ausrutscher" von *einem* Typ in einer ganzen Reihe von Reden und militanten Verteidigungsaufrufen zum Tiergarten. Diese einzige Liebedienerei den Bullen gegenüber als repräsentativ für die Demo hinzustellen (auf der im übrigen eher 3-5.000 Leute waren), ist falsch und polemisch.

Auch setzen nicht alle "Ökos" auf den aussichtslosen Klageweg. Es gibt auch bei den "Ökos" eine Menge Leute, die dies für Geld- und Initiativeverschwendung halten, und lieber Sabotage und Direkte Aktionen gegen die Baumaßnahmen durchführen wollen. Offenbar ist es aber wegen der unterschiedlichen Meinungen notwendig, zweigleisig zu fahren. Klagen *und* direkter Widerstand. Und für eine ökokologische Umwelt sind wir doch alle, logisch!


Deine letzten drei Absätze kann mensch vorbehaltslos unterschreiben. Eine Spaltung zwischen harmloserem, bürgerlicherem und ökologischen Widerstand und dem sogenannten radikalen und autonomen halten wir für fatal. Erfolgreich ist Widerstand nur da, wo er in seiner ganzen Breite und mit allen vorhandenen Kräften im Bündnis geübt wird. Spaltung nützt immer nur dem Gegner.

Richtig ist allerdings, daß sich, ebenfalls seit Jahren, die Menschen aus der linksradikalen Scene sonst weitgehend keinen Deubel um dieses Geschehen scheren. Jedenfalls nicht als Organisierte. *"Land und Freiheit"* in Mexico, ja. Geil! Subcommandante etc. und der alte Ché-Mythos aus der Mottenkiste. Bei soviel Fernsicht ist es wohl schwer die Blicke vor die eigene Haustüre zu lenken. So blieben BI und BesetzerInnen in den 14 Tagen der Bauplatzbesetzung auch weitgehend ohne Unterstützung, obwohl eine breit gestreute Öffentlichkeitsarbeit gemacht wurde und sogar bürgerliche Medien (kurz) berichteten.

Wenn nach jener beschämenden Inaktivität der letzten Wochen die radiklale Linke in dieser Stadt weiterhin die Maßnahmen der Bau- und Staatsmafia reglos hinnimmt, ist hier anscheinend wirklich Hofen und Malz verloren. Und dann Prost!

Übrigens ist es vielleicht ja auch mal einer Überlegung wert, **was** mensch macht. Zwei Tage vor der Räumung der FREIEN REPUBLIK MO@BIT■ fackelte nahe des besetzten Geländes ein Container ab. Falls das aus der Szene kam und als Soli-Aktion gemeint war, noch nachträglich "Herzlichen Dank!" Daß sowas sofort den BesetzerInnen in die Schuhe geschoben wird, darauf kommt wohl niemand?!! Also: Vor Feuerzeug betätigen, Hirn einschalten! Das gilt selbstredend auch für alle anderen Äktschens.

See you on the barricades!



Zentrale Rekrutenvereidigung! Mit Stoiber!

Wir pfeifen drauf!!!

40 Jahre Bundeswehr sind für die HERRschende Klasse und ihre HandlangerInnen in den Regierungen nun wahrlich ein Grund zum Feiern. Die Wiederbewaffnung der BRD war einer der Gipfelpunkte der bürgerlichen Restauration nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus. Selbstverständlich stand die Bundeswehr von Beginn an in direkter struktureller wie personeller Kontinuität zur Nazi-Wehrmacht. Die Hauptzielsetzung - die Zerschlagung des Bolschewismus - konnte im NATO-Rahmen sogar effektiver verfolgt werden.

Dieses Ziel ist nun - wenn auch ohne direkte militärisch Konfrontation - erreicht. Mit der Annexion der DDR erlangte Deutschland wieder volle Souveränität. Das große Ziel, wieder als eigenständige Kraft und völlig ungezügelt imperialistische Großmachtpolitik betreiben zu können, ist greifbar. Doch in der derzeit weltpolitischen Lage sind dafür 2 Vorraussetzungen zu erfüllen. Zum einen der Besitz einer voll interventionsfähigen Armee, zum anderen Zugriff auf die Atombombe. Letzteres soll durch die sog. "Europäisierung" des französischen Atomwaffenpotentials erreicht werden. Ersteres wird seit 1989 (angefangen bei der Debatte um deutscher Beteiligung am 2.Golfkrieg, über Somalia bis hin zu Ex-Jugoslawien...und dies sind nicht alle Beispiele) Schritt für Schritt vorangetrieben.

Der Einsatz in Ex-Jugoslawien ist der erste eindeutige Beweis dafür, daß der deutsch Imperialismus seine Interessen mit aktiver Kriegsführung weltweit militärisch durchzusetzen gewillt ist. Und das nicht unbedingt im europäischen Rahmen (siehe Bamberger Reader zur 8.Mai-Veranstaltung).

In Bosnien wird die Bundeswehr erste Kampferfahrungen sammeln, doch dabei wird es angesichts der Konflikte zwischen des imperialistischen Staaten bei der neuverteilung der Welt-märkte, mit sicherheit nicht bleiben.

Angesichts einer bayernweiten Rekrutenvereidigung auf dem Bamberger Domplatz mit "Feierlichkeiten zu 40 Jahren Bundeswehr und 5 Jahren Armee der Einheit" müssen wir den hier angerissenen Themenkomplex im Auge haben. Die Armee wird als Stütze dieses Staates und als sein schlagender Arm auch politisch mehr und mehr an Einfluß gewinnen.

KOMMT AM 30. OKTOBER NACH BAMBERG!

16h VEREIDIGUNG -- 20h ZAPFENSTREICH -- AM DOMPLATZ

antifa bamberg
infogruppe p.e.

Es wird immer Krieg geben,solange das Patriarchat existiert,auch wenn sie sagen,es sei Frieden !!!

Jeder Mann ist Teil der weltweiten Herrschaft des Patriarchats.Diese Rollenfestlegung, Männerherrschaft zu tragen,manifestieren und auszuüben,ist verbunden mit Privilegien gegenüber weißen Frauen,und farbigen Frauen und Männern.Sie ist aber auch verbunden mit der Disziplinierung und Zurichtung der Männer an vielfältigen Orten und Institutionen.

„Armeen sind die weltweit größten Männerzuchtanstalten und Männerbünde.Sie sind Teil der Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaft.
Männern wird dort ein Wissen weitergegeben,welches in der Geschichte des Patriarchats angehäuft wurde, damit Männer den Fortbestand der Gewaltherrschaft sichern. Daß diese Armeen verschiedener Nationen in einem Konkurenzverhältnis stehen und sich immer wieder bekriegen, ist kein Widerspruch, sondern patriarchale Logik. Dieses Beschützerprinzip, das in Abgrenzung zu anderen patriarchalen Systemen vorgibt, mit Staat und Armee das „Volk" zu beschützen (wie der Ehemann die ihm „zugestellte" Ehefrau) , ist nur ein Vorwand, um Herrschaft nach innen auszuüben und zu sichern und auszubauen !
Mit 17 Jahren flattert uns der erste Bescheid des Kreiswehrersatzamtes (KWE) in´s Haus, um uns mitzuteilen, daß wir mit Kopf und Herz dem „Vaterland" gehören sollen.(...)
Die Erfassung und Musterung ist total, denn an dieser Instanz führt für Männer kein Weg vorbei ! Der Besitzanspruch des Staates an einen jeden von uns wird in der vollen Schärfe dann sicht- und spürbar, wenn es um die Auswahl unserer Körper auf Tauglichkeit als weißer Krieger geht. Verkrüppelte, Behinderte und körperlich schwache Männer werden ausgesiebt und als „untauglich" und somit „unmännlich" und „unbrauchbar" ausgemustert. „Männlichkeit" wird im Patriarchat unter anderem in körperlicher Kraft, „Potenz" und Leistungsfähigkeit gemessen. Wer diesem Zwang nicht nachkommen kann oder will ist kein „richtiger" Mann.
Kommt der Mann in die Kaserne, wird ihm der Privatbereich entzogen. Selbst seine Kleidung wird gegen die Uniform eingetauscht. Dort treten sie nicht nur an ihn heran, sondern in ihn hinein. So erfährt der Mann eine für ihn bestimmte Zurichtung, die bis über die Leistungsgrenze hinausgeht. Diese Überschreitungen der Grenzen werden bis zur Besinnungslosigkeit praktiziert. Den Druck, die Entmenschlichung und Entwürdigung, in der allgemeinen Ausbildung zum soldatischen Mann vordergründig ertragen zu können, gilt als „mannhaft" und ist somit positiv besetzt. Dieses Ertragen ist jedoch nur die Fassade, hinter der der unerbittliche Kampf gegen die eigenen Schwächen und alles „unmännliche" geführt wird. Die Verinnerlichung dieser kaputten Selbstdisziplinierung und Unterwerfung funktioniert bei auch noch so weit unten stehenden weißen Männern in der Gesellschaft darüber, daß ihnen Macht über Frauen und Farbige zugestanden und ihnen suggeriert wird, Herr über die eigene Person und Schwachheit zu sein. Mit anderen Worten: Die männlichen weißen „Sklaven" akzeptieren die Existens von Hierarchisierung und patriarchalen Gewaltstrukturen insofern, als daß sie selbst Herr sein wollen und können !
Diese Akzeptanz macht **jeden** Mann zum permanenten Täter !!
(...) Die Erfassungsstellen und Kreiswehrersatzämter erschließen täglich ein neues Potential an zukünftigen Staatsdienern in und ohne sichtbarer Uniform. (...) Auch wenn dieses Stadium des letzten Schliff´s nicht mehr von allen Männern durchlaufen werden muß und wir als ziviles Heer an der „sozialen Front" unseren unterbezahlten Zwangsdienst ableisten „dürfen" , hat sich im Kern männlicher Zurichtung nichts geändert. Im Gegenteil !
Unsere Zurichtung und Konditionierung auf unsere herrschende Rolle beginnt bereits mit dem Schnuller im Mund, und setzt sich über Schule / Lehre / Arbeit und Studium fort. Spießrutenlauf als Disziplinierungsmaßnahme gegen sich verweigernde Männer ist darum heutzutage nicht mehr notwendig, weil die Männer ihre Lektion bereits gelernt haben. Hinzu kommt, daß ein Teil von millitärisch auf Befehl und Gehorsam gedrillter Männer ausreicht, damit diese auch nach der Entlassung den patriarchalen Alltag wissentlich oder unbewußt weiterprägen und gestalten. Sowohl der einfache Soldat als auch der Offizier werden keine Mühe haben, den ihnen zugewiesenen Platz als Arbeiter und Vorgesetzter so auszufüllen wie die „Schule der Nation" es ihnen beibrachte. Über jeden Mann bleibt der Einfluß in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten.
Firmen, Konzerne, Parlamente, Ämter, Verwaltung, Justiz und Polizei, sie alle eint die gleiche Struktur wie der hierarchische Aufbau und der formalgeregelte Umgang beim Militär.
Der soldatische Mann. hart gegen andere und sich, wo immer auch zugerichtet, ist ein gesellschaftliches Leitbild. An diesem Leitbild vom Täter und Herrscher verlaufen die Orientierungen von Jungen und Männern.
Die Demontage des soldatischen Mannes kann ein erster Schritt in der Entwaffnung des historischen weißen Mannes werden. Schwächt das Militär **ideologisch** und materiell !
Bekämpfen wir die patriarchale Zurichtung an jedem Ort, zerreißen wir unsere inneren Uniformierungen, verweigern wir jede Teilhabe an der patriarchalen Macht. Und brechen wir ständig und kollektiv im Alltag mit der Männerkumpanei gegen Frauen und Farbige !!!" (aus einem Bekennerschreiben der FLAMMENDEN HERZEN vom 24. 2. 91)

In diesem Sinne :
Zucht und Ordnung TOTAL VERWEIGERN !!!
Kampf der patriarchalen Zurichtung in der Bunderswehr und anderswo !!!
Kommt am 30. Oktober auf den bamberger Domplatz und pfeift auf die bayernweite Rekrutenvereidigung !!! Enough is enough !!!

Ankündigung für

Folgetreffen der Veranstaltung " "Behinderten-Feindlichkeit" "

auf der Lesben-Woche für alle interessierten FrauenLesben, die

dazu/dagegen konkret und kontinuierlich arbeiten wollen.

Samstag, den 28. Oktober 95, 15.00 Uhr im Frauen-Raum

im Mehringhof, Treppenaufgang III, 5. Stock, Fahrstuhl im zweiten Durchgang, auch das Klo ist berollbar.







Wer Lust hat, Benjamin zu sehen und zu unterstützen:

Berufungsverhandlung wegen Urkundenfälschung gegen Benjamin Ramos Vega

(Er hatte eine BVG-Karte mit falschem Namen bei sich)

Montag 30.10.1995, 9°° h, Raum 154, Moabit, Turmstraße 91

(Wird eventuell in den Sicherheitsbereich verlegt)

Deutsche Literatur im Exil

I. -Video, BRD 1967, 45 min.
Um uns die Fremde - Die Schriftsteller im Exil
Über die Vertreibung des Geistes aus Deutschland 1933 bis 1945

II. -Video, BRD 1992, 60 min.
Wir sind die letzten - fragt uns aus!
Vier Zeitzeugeninterviews mit Menschen, die nach 1933 nach Frankreich emigrierten: Hans Sahl, Steffi Spira, Norbert Glanzberg

Mi. 01.11.um 20.00 Uhr

FRAUEN UND DIE STASI

Vortrag und Diskussion mit einer Mitarbeiteri des Matthias-Domaschk-Archivs Jena

Donnerstag 26.10. um 20.00 Uhr

nur für Frauen

im El Locco, Kreuzbergstr. 43



bapob
Berliner Arbeitskreis für politische Bildung

"Was haben unsere Leder_ klamotten,- schuhe und -sofas mit Umweltverseuchung in Indien zutun ?"

Wir laden ein zum

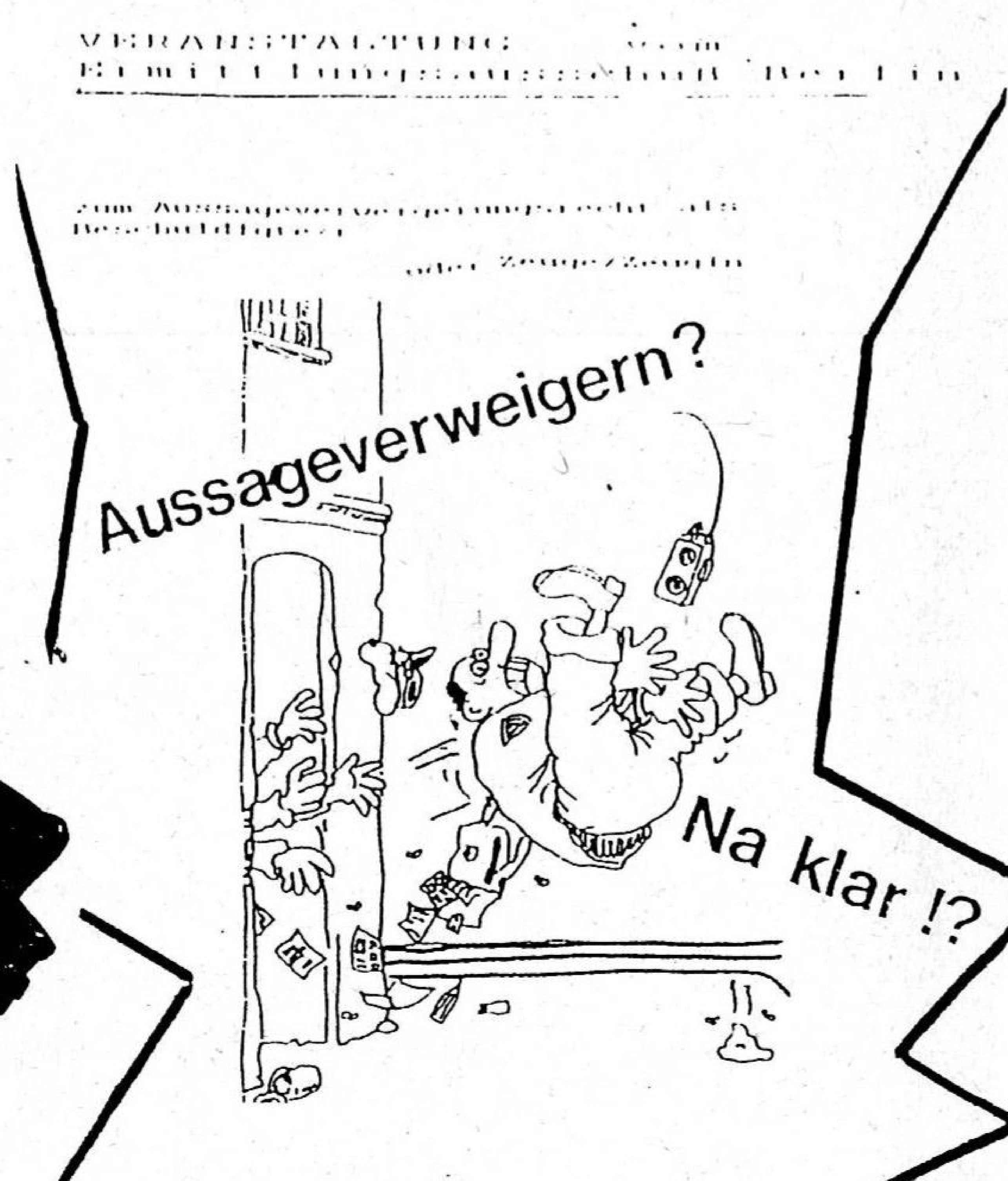
Diavortrag :

Der Lederskandal: Lederproduktion und Umweltverseuchung in Indien

am 2. November '95

um 19.30 Uhr

Ledersofas werden nicht älter. Sie werden schöner.



3.11. im "Größenwahn" Kinzigstr. 9 · HH 20°°
U Samariterstr.

Schwierige Entscheidung

Schon wieder Wahlen. Und wieder sonntags. So ein Zufall. Das sonntägliche Frühstück am frühen Nachmittag wird für die ersten Diskussionen genützt. Wählen gehen?, bringt eh nichts. Nicht wählen gehen - bringt auch nichts. Also sind die Voraussetzungen bereits geklärt. Die Entscheidung wird schon schwieriger. Bei dieser Wahl gibt es drei Möglichkeiten: kpd/rz, pds oder irgendwie boykottieren, das heißt, nicht hingehen oder alles durchstreichen.

Wie war das noch so schön einfach bei der Bundestagswahl vor einem Jahr. Alle hetzen gegen die pds, also sind wir solidarisch und wählen sie - wenn wir nicht gerade aus der ddr stammen und schon damals in der linken Opposition waren und deswegen alle pdsler als alte Stalinisten entlarven können. Nur wenige oberkorrekte und moralisch astreine Westautonome schimpfen uns nachher aus von wegen Realpolitik und den Hoffnungen, die wir in die pds angeblich setzen würden. Aber, kein Problem, wählen gehen und Hoffnungen in dein Kreuzchen setzen sind einfach zwei verschiedene Sachen. Wir wissen ja auch, wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten. Und überhaupt: Wählen ist eine Tätigkeit, die das soziale Miteinander im Kiez fördert. Endlich triffst du mal deine NachbarInnen auf dem Weg zum Wahllokal, die Straßen sind viel voller als sonst. Und du kannst der WahlhelferIn in die Liste schauen, ob deine WG auch schon wählen war, vor allem die, die immer behaupten, sie gingen niemals dahin.

Zurück zu diesem Sonntag. Die Geschichten der letzten Jahre sind ausgetauscht, und es bleiben immer noch ein paar Stündchen für deine demokratische Pflicht. Jetzt wirds langsam ernst. Die ersten entscheiden sich für die Fahrt ins Grüne. Das Wetter ist schön herbstlich. Nachher wird das dann als Wahlboykott verkauft. Die nächsten müssen ihren Kater bekämpfen, die Wahlbeteiligung sinkt weiter. Ein großes Problem für echte Autonome stellt sich bei der Suche nach dem Wahllokal, denn wer hat schon bei jedem Umzug seine Meldeadresse aktualisiert? Trotz des womöglich weiten Weges geht es jetzt los. "Ich überlegs mir in der Wahlkabine" lautet die definitive Entscheidung am Frühstückstisch. Im Wahllokal - leider sinds meist Schulen, wir melden uns noch irgendwann mal um, damit wir auch in ein echtes Lokal zum Wählen dürfen - im Wahllokal gibts ewig lange Zettelchen mit lauter so Unsinn wie apd wib wub ho hl zk bpd spd wbk fdp und fast am Ende dann die kpdrz, aber leider ohne Bildchen vom echten H. Unsere Kreuzchen werden wegen des Wahlgeheimnisses natürlich nicht verraten.

Die erste Hochrechnung unter Autonomen kurz nach 18 Uhr ergab folgendes Bild. NichtwählerInnen: 35 % (davon der Großteil verpennt, verkatert, im Grünen, keinen Ausweis etc. Aktiver Wahlboykott sehr gering). Von den übrigen: pds 55 %, kpdrz 45 %, häufig auch eine ganz liberale Trennung zwischen beiden Parteien nach Erst-, Zweit- und Drittstimme. Auch bei den Autonomen konnte eine Trennung zwischen Ost und West festgestellt werden, allerdings nicht nach Wohnort, sondern nach Herkunft aus dem Osten oder Westen. Viele Autonome aus Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain sind aus dem Westen zugewandert und verhalten sich genauso wie Westautonome, weshalb sie auch zu ihnen gezählt werden. Diese also haben sich intensiver an der Wahl beteiligt (nur 25 % NichtwählerInnen), und eher die pds bevorzugt (63 %), unabhängig vom Alter. Die Ostautonomen hingegen haben die Sinnlosigkeit von Wahlen schneller durchschaut (Wahlbeteiligung nur knapp über 50 %), und abhängig vom Alter gewählt. Die über 25jährigen (das waren die, die schon als junge Erwachsene die ddr als fies und gemein erkannt haben) stimmten bevorzugt für die kpdrz (85 %), die unter 25jährigen (die noch verblendet in der fdj waren) wählten mit überwältigender Mehrheit die pds (75 %).

Aus den amtlichen Endergebnissen für Berlin sind die Tendenzen klar herauszulesen. Die Wahlbeteiligung sinkt und geht gegen ein Prozent. Im Osten wird dies bereits bei der vierten kommenden Wahl erreicht sein, im Westen dauert es noch 6 Wahlen. Jede Wahl werden es 10 sinnlose Parteien mehr mit jeweils 1,5 %, so daß bei der fünften kommenden Wahl schon 8 % für die absolute Mehrheit reichen, die dann auch die pds erreicht haben müßte bei ihrer im Vierjahresplan festgelegten Steigerungsrate um jeweils 1,2 % pro Wahl im Westen.

Einige meinten, es müßte ernsthaft diskutiert werden, ob die Politik der kpdrz heute noch angesagt sei, wohingegen andere erwiderten, es sei nicht so leicht zu entscheiden, ob der Wahlkampf aller Politiker noch sinnentleerter werden kann. Wenigstens hat die kpdrz niemandem Hoffnung auf fortschrittliche Politik im Parlament gemacht, was sie leider jetzt nicht beweisen können, da sie in Kreuzberg nur 4,6 % bekommen haben.

Alle befragten pds-wählenden Autonomen bestritten auf jeden Fall entschieden, irgendetwas mit Realpolitik oder Hoffnung auf Veränderungen oder Reförmchen im Sinn zu haben. Wo am Schluß die Frage stehenbleibt, was haben wir mit Wahlen zu tun? Oder: warum ist der Weg von der Mainzer Straße bis auf den Wahlzettel so kurz?

Autonome Forschungsgruppe Wahlen.

Solidaritätsveranstaltung für den revolutionären bewaffneten Kampf in Mexiko!



Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

Datum: 27. Oktober 1995
Zeit : 19.00 Uhr
Ort : Humboldt-Universität, Raum 3038, Hauptgebäude, Unter den Linden 6